01/2017

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Österreichischer Gemeindebund

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

TOURISMUS

Chance für den Neubeginn

Seite 28

VERSICHERUNGEN

Das Amt und Haftungen ohne Ende

Seite 48

Diszipliniert gewirtschaftet

Der Gemeindefinanzbericht stellt den Gemeinden ein gutes Zeugnis aus. 2017 wird trotzdem nicht einfacher.

Seite 14

Verkaufspreis: EUR 4,90

P.b.b. 02 Z 032902 M ISSN: 1605-1440 DVR: 0390 432
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien

T
DAS VERBINDET UNS.
Stadt,
Land,
LTE.
Videos in HD-Qualität streamen
Webseiten ultraschnell öffnen
Größere Dateien schneller laden
business.
t-mobile.at
Jetzt surft endlich auch Ihre Gemeinde im ultraschnellen LTE-Netz.
Schon lange ist LTE in Österreich nicht mehr nur den Städten vorbehalten. T-Mobile versorgt bereits seit 2015 über 90 % der österreichischen Bevölkerung mit dem schnellen LTE-Netz und investiert pro Jahr mehr als 100 Millionen Euro in den Netzausbau. Damit möglichst bald alle Österreicherinnen und Österreicher mit höchster Qualität und maximaler Geschwindigkeit surfen können.

KOMMENTAR

MUTIG IN DIE **NEUEN ZEITEN**

So beginnt die 3. Strophe unserer schönen Bundeshymne, und am Beginn eines neuen Jahres sollen gerade die Verantwortungsträger in den Gemeinden mit Mut und Zuversicht den Blick nach vorne machen. Kurz vor dem Jahreswechsel stellte ein bekannter Journalist die Frage „Warum jetzt die Gemeinden plötzlich als Partner der Bundespolitik so heftig umworben werden?“ Die Antworten darauf sind relativ einfach, wurden aber lange Zeit gerade von den großen Medien kaum akzeptiert. Diese Gemeinden haben sich vor allem in schwierigen Zeiten als Problemlöser bewährt, sie haben es geschafft, dass alle Asylwerber untergebracht werden konnten, und sie sind auch der Schlüssel zur Integration der anerkannten Flüchtlinge. Diese Gemeinden sind aber auch in der wirtschaftlichen Gebarung ein Vorbild: Überschüsse zu erwirtschaften, Rekordinvestitionen zu tätigen und gleichzeitig Schulden abzubauen ist eine Leistung, die auch die Bürgerinnen und Bürger zu schätzen wissen. Gerade deshalb vertrauen sie auch den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern am meisten, die Arbeit auf der kommunalen Ebene wird besonders geschätzt.

Einer der angesehensten Politiker, Franz Fischler, sagte, dass das Wort eines Bürgermeisters bei der Bevölkerung weit mehr wiege als das eines Ministers. Und das wissen mittlerweile auch so manche Bundespolitikerinnen und -politiker. Aber auch in den Medien wurde mittlerweile klar, dass diese kleinsten Gebietskörperschaften große Leistungen erbringen. Lange Zeit wurden die Gemeinden als Reformverweigerer und überholte, viel zu kleine Einheiten bezeichnet und die Bürgermeister als Dorfpaschas abgestempelt. Natürlich gibt es überall noch Verbesserungsbedarf, aber insgesamt ist dieses österreichische kommunale System eine Erfolgsgeschichte, zu der viele einen Beitrag leisten. Die tausenden politischen Verantwortungsträgerinnen und -träger, die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die vielen Freiwilligen in und außerhalb der bewährten Organisationen und Vereine sowie die Bürgerinnen und Bürger, die sich einbringen, die mittun, die sich Gedanken über ihre Gemeinde machen und bestrebt sind, ein gutes Miteinander zu schaffen. Das jüngste Beispiel für das hervorragende Funktionieren des demokratischen Gemeinwesens war die Wahl des Bundespräsidenten. Mehr als 30.000 Wahlbeisitzer haben in den Gemeinden trotz schwieriger Bedingungen eine Wahl vorbildlich abgewickelt, die unter internationaler Beobachtung gestanden ist. Dafür gilt ihnen nicht nur Dank, sondern Respekt und Anerkennung.

Österreichs Gemeinden können unter solchen Voraussetzungen mit Mut und Zuversicht in das neue Jahr schreiten.

> „ES GIBT ÜBERALL NOCH VERBESSERUNGSBEDARF, ABER INSGESAMT IST DIESES ÖSTERREICHISCHE KOMMUNALE SYSTEM **EINE ERFOLGSGESCHICHTE, ZU DER VIELE EINEN BEITRAG LEISTEN.“**

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Dinge, die immer wieder klar gesagt werden müssen. Dazu gehört auch Folgendes: Wer die Gemeinden in Zweifel zieht, sollte sich eines auf der Zunge zergehen lassen: Weit mehr als 30.000 Bürgerinnen und Bürger in allen Gemeinden Österreichs haben ihre Freizeit dafür eingesetzt, dass die Wahl zum Bundespräsidenten der Republik Österreich ordnungsgemäß über die Bühne geht. Das sind die Leute, die die Wähler in Empfang nehmen und darauf achten, dass bei der Wahl alles mit rechten Dingen zugeht. Sie machen das freiwillig und bekommen kein Geld dafür, keine große Anerkennung, keinen Orden oder was auch immer. Oft sind es nur ein Paar Würstel und ein Bier nach der Wahl. Diese Leute können sich im Endeffekt nur auf die Fahnen schreiben, dass ihre Mitarbeit den Staat am Laufen hält.

Nach der Wahl ist vor der Wahl – in diesem Sinne sollten wir uns bei den vielen tausenden Wahlbeisitzern und -beisitzerinnen bedanken, die es mit ihrer Arbeit ermöglichen, dass unsere Demokratie so reibungslos funktioniert. Sie sind es unter anderem auch, für die wir unser KOMMUNAL machen. Ihnen und allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir ein gesegnetes neues Jahr.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/14

Diszipliniert gewirtschaftet

Der aktuelle Gemeindefinanzbericht stellt den Gemeinden erneut ein gutes Zeugnis aus

/20

Ein volles Programm steht ins Haus

Für 2017 hat sich der Gemeindebund einiges an Arbeit vorgenommen

INHALT

/28

Sich neu erfinden ist die Devise

Gemeinden und Leerstand von Tourismusbetrieben

/46

Halbherzig mach' ich gar nix

Simone Schmiedtbauer im KOMMUNAL-Porträt

FOTOS/Vorname Nachname/Bildagentur, Name Nachname; TITEL/Vorname Nachname

KOMMUNAL 01/2017

MEINUNG

Nach der Wahl ist vor der Wahl 6
Gemeindebund-General Walter Leiss über eine Wahlrechtsreform

Integration ist das Schaffen von Gemeinsamkeit 10
Nicolaus Drimmel über Integrationsmaßnahmen

POLITIK & RECHT

40 Gesetze zum Finanzausgleich beschlossen 19
Nach dem Beschluss im Nationalrat geht es nun an die Details zum FAG

Aus „Adresse" wird „Zugangskoordinate" 22
Das Adressregister berkommt einen Grundstücksbezug

Wie der ländliche Raum zukunftsfit wird 24
Hoffentlich bleibt der aktuelle Masterplan kein Lippenbekenntnis

GESTALTEN & ARBEITEN

Beschaffungsprozesse sind optimierbar 42
Einsparungen sind schmerzhaft, Effizienzsteigerungen helfen

LAND & LEUTE

Das Amt und Haftungen ohne Ende 48
Versicherungen für Bürgermeister sind wieder hoch in Mode

Lebensretter Brandschutzmaßnahme 50
Die Gefahr von Bränden wird unterschätzt – Vorbeugemaßnahmen sind denkbar einfach

„30 Jahre Ökosoziale Marktwirtschaft" 51
Eine Vorschau auf eine Jubiläumsveranstaltung von Gerhard Poschacher

Termine & Personalia 56

Zu guter Letzt, Impressum 58

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

ARGE Forum mineralische Rohstoffe	34
Bundeskanzleramt	43
Bundesministerium für Inneres	25
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	26
Gas Connect Austria GmbH	37
Philips Lighting Austria	38
Schiessel EDV	40
T-Mobile Austria GmbH	36
Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke (VÖB)	33
Zaunteam Zaunagentur GmbH	41

KOMMENTAR

NACH DER WAHL **IST VOR DER WAHL**

Es hat sich gezeigt, dass auch mit dem bestehenden Bundespräsidentenwahlgesetz und der Nationalrats-Wahlordnung ordnungsgemäße Wahlen abgehalten und abgewickelt werden können. Dessen ungeachtet gilt es, die Wahlordnungen zu überarbeiten und weiterzuentwickeln. In einer kleinen Wahlrechtsnovelle wurden schon im Oktober dieses Jahres Anpassungen vorgenommen, die sich aus der Bundespräsidentenwahl ergeben haben. Zentraler Punkt dabei war die Schaffung eines zentralen Wählerregisters (ZWR) ab Anfang 2018. Abstimmungen bzw. Anpassungen sind dabei in den Ländern für Landtagswahlen und Gemeinderatswahlen bzw. Bürgermeisterwahlen erforderlich, sollte man sich auch bei diesen Wahlgängen des ZWR bedienen wollen.

Positiv ist anzumerken, dass mit dieser Novelle auch der Kostenersatz für die Gemeinden für die Durchführung der Wahlwiederholung geregelt wurde. Hierfür gab es schlichtweg keine Regelung. Ob aus Versehen oder weil man sich eine Aufhebung und Wiederholung einer bundesweiten Wahl nicht vorstellen konnte, sei dahingestellt.

Ein Wermutstropfen ist, dass der Kostenersatz für die Gemeinden für die Führung der Wählerevidenzen um mehr als zehn Prozent herabgesetzt wurde. Durch das ZWR wird der Aufwand für die Gemeinden unmittelbar nicht geringer, sondern verursacht vorerst Implementierungs-, Schulungs- und Umstellungskosten. Unverständlich ist auch, dass die Einwohnergrenze, ab der Hauskundmachungen im Zusammenhang mit Volksbefragungen und Volksabstimmungen (auf Grundlage einer Verordnung) durchzuführen sind, von derzeit 20.000 Einwohnern auf 10.000 Einwohner gesenkt wurde.

Der Gemeindebund verlangt schon seit langem, dass die Hauskundmachungen generell beseitigt werden, da ein Nutzen nicht unmittelbar erkennbar ist. Positiv bleibt noch anzumerken, dass bei Volksbegehren ab 1. Jänner 2018 der Sonntag als verpflichtender Eintragungszeitraum entfallen kann, was den Arbeitsaufwand geringer halten wird.

> „Die Bundespräsidentenwahl hat gezeigt, dass die unzähligen Freiwilligen in den Gemeinden hervorragende Arbeit geleistet haben. Dafür gebührt ihnen ein ausdrückliches Dankeschön. **Eine Reform und Weiterentwicklung des Wahlrechts ist jedoch erforderlich.“**

Damit ist allerdings die erforderliche Anpassung bei der Nationalratswahlordnung noch nicht erledigt. Im nächsten Jahr werden sich Arbeitsgruppen intensiv mit den Änderungen auseinanderzusetzen haben. Primär wird der Bereich der Briefwahlkarten von der Ausstellung bis zur Auszählung neu zu regeln sein. Zwar ist die Anzahl der Wahlkartenwähler im zweiten Wahldurchgang von 759.968 auf 708.185 leicht zurückgegangen, jedoch ist der Trend zur Ausübung der Wahl mittels Wahlkarten ungebrochen.

Damit dieses Instrument auch in Zukunft problemlos genutzt werden kann, wird es erforderlich sein, den Wahlkalender zu überarbeiten und die Fristen, innerhalb deren von der Briefwahlmöglichkeit Gebrauch gemacht werden kann, dahingehend zu verlängern, dass der Beginn zumindest um eine Woche vorverlegt wird. Dies erfordert, dass die Wahlparteien früher ihre Wahlvorschläge einreichen, damit die kandidierenden Parteien und Personen früher feststehen und mit der Stimmzettel- und Wahlkartenproduktion begonnen werden kann. Eine Fristverlängerung erscheint auch deswegen erforderlich, damit den Auslandsösterreichern ausreichend Zeit verbleibt, um ihr Wahlrecht wahrnehmen zu können. Zu klären ist auch, wie künftig die Antragsstellung für Wahlkarten zu erfolgen hat. Die vermeintlich datenschutzrechtlichen Fragen im Zusammenhang mit der Auflage des Wählerverzeichnisses und der EDV-unterstützten Abwicklung der Übermittlung der Wahlkarten bedarf ebenfalls einer Klärung. Zu hinterfragen

ist auch generell die Notwendigkeit der Auflegung des Wählerverzeichnisses im Zusammenhang mit dem neuen zentralen Wählerregister. Jedenfalls gehören die Fristen für die Auflage, nachdem sie de facto kaum genutzt werden, eingeschränkt.

Zwar hat die Republik keinen Schaden genommen, dass die ersten Hochrechnungen nicht schon am Sonntag 17:00 Uhr vorlagen und das endgültige Wahlergebnis erst Tage nach dem Wahlsonntag veröffentlicht werden konnte, dennoch erscheint es sinnvoll, sich dem vom Gemeindebund schon mehrfach geäußerten Vorschlag der Auszählung der Wahlkarten am Wahltag durch die Gemeindewahlbehörden anzunähern. Derartige Modelle gibt es schon in Nieder- und Oberösterreich, und sie haben sich in der Praxis gut bewährt.

Dass es dafür erforderlich ist, auf die Möglichkeit zu verzichten, mit der Wahlkarte auch in einem Wahllokal außerhalb des eigenen Wahlkreises zu wählen, ist verschmerzbar. Würde man die Möglichkeit eröffnen, dass der Wahlkartenwähler bei Selbstabholung die Wahlhandlung gleich vornimmt und die Wahlkarte bei der Gemeinde hinterlässt, hätte man die Möglichkeit geschaffen, über einen Zeitraum von drei beziehungsweise vier Wochen unmittelbar in der Gemeinde zu wählen. Die Einführung eines weiteren Wahltages, wie dies vereinzelt vorgeschlagen wurde, wäre damit entbehrlich und würde zudem die Wahlbeisitzer unnötig belasten. In diesem Zusammenhang sind auch die Regelungen über Wahlbeisitzer und Wahlzeugen gründlich zu überdenken.

Die vergangene Bundespräsidentenwahl hat gezeigt, dass die Wahlbehörden – und hier in erster Linie die unzähligen Freiwilligen in den Gemeinden – hervorragende Arbeit geleistet haben. Dafür gebührt ihnen auch ein ausdrückliches Dankeschön. Eine Reform und Weiterentwicklung des Wahlrechts ist jedoch erforderlich, um letztlich den Wahlbehörden die Arbeit zu erleichtern, offene Fragen zu lösen und das Vertrauen in demokratische Einrichtungen zu stärken.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeinebundes
walter.leiss @gemeindebund.gv.at

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER

Tourismus und Infrastruktur – kommunale „never ending storys“

Die aktuelle KOMMUNAL-Ausgabe behandelt die Themen Tourismus und Infrastruktur. Beide sind elementare Säulen der kommunalen Wertschöpfung und sie stellen zugleich Musterbeispiele für das Zusammenwirken von Bürger, Verwaltung und Wirtschaft dar. Im Bereich der Gemeinde-Infrastruktur haben die Entscheidungsträger vielfältige Anforderungen zu berücksichtigen: Versorgungssicherheit, Funktionalität aber auch Ästhetik sind dabei Schlüsselkriterien. In die kommunale Infrastruktur, wie etwa in Baumaßnahmen, Energieversorgung oder Katastrophenschutz, wird permanent investiert - gewissermaßen eine fordernde, aber auch notwendige „never ending story“. Zudem gilt es, bei innovativen Infrastrukturmaßnahmen, wie etwa dem Breitbandausbau oder der Energieeffizienz, auf interkommunale Zusammenarbeit zu setzen beziehungsweise mit privaten Partnern zu kooperieren. Die Tourismusbranche steht vor ähnlichen Herausforderungen: Die Gäste erwarten traditionelle Sehenswürdigkeiten, innovative Produkte, ausgewogene Ernährung oder beispielsweise „ActiveAging“-Angebote. Wie aus dem aktuellen Pitters® KOMMUNALTrend hervorgeht, setzen die Gemeinden dabei zunehmend auf eine aktive Social Media-Präsenz. Daneben bietet sich im Tourismussektor die ideale Chance, sich als Marke zu etablieren und Österreich als touristische Ganzjahresdestination zu positionieren. Im Sommer gab es ein kräftiges Nächtigungsplus; die Hälfte der Gäste kommt aus Österreich und aus Deutschland. In diesem Zusammenhang spielt auch die globale Sicherheitslage eine wesentliche Rolle: gerade hier können die heimischen Tourismusziele punkten. Anhand der Themen Tourismus und Infrastruktur wird sichtbar, wie unumgänglich es für die Gemeinden ist, weiterhin sichere und attraktive Lebensräume für Besucher und Einheimische bereitzustellen.

office@pitters.at
www.pitters.at

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Geschichte **kann man nicht wegreißen**."

Hannes Waidbacher, Bürgermeister von Braunau, zur Debatte, ob das Geburtshaus eines der größten Verbrecher der Weltgeschichte abgerissen werden soll oder nicht.

„Es geht keinesfalls um **eine Absenkung von Umweltstandards**."

Andrä Rupprechter, Umweltminister, nachdem die Bundesregierung grünes Licht für seine Verwaltungsreformpläne gegeben hat, wodurch Bewilligungen vereinfacht und Mehrfachzuständigkeiten reduziert werden sollen. Umweltverbände hatten im Vorfeld vor einer Senkung von Umwelt- und Qualitätsstandards sowie einer massiven Entdemokratisierung gewarnt.

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Abwasseranalysen zeigen **Europas Drogenmetropolen**

Forscher der Score-Gruppe haben Abwässer in europäischen Städten untersucht und dadurch den Drogenkonsum der Bewohner ermittelt. Bei Kokain haben demnach Antwerpen und London die Nase vorn. In Österreich wurden Innsbruck und Klosterneuburg getestet, ins Ranking gelangte aber lediglich die Tiroler Hauptstadt mit Platz 23. Die Forscher analysierten im März 2016 in über 50 Städten in 18 europäischen Ländern die Abwässer. Die Proben wurden auf Kokain, Amphetamine, Crystal Meth und Ecstasy untersucht. Beim Kokainkonsum liegen besonders Städte in West- und Südeuropa vorne. Betroffen sind vor allem Belgien, die Niederlande, Spanien und England. In der Mehrheit der osteuropäischen Städte wurden nur wenige Spuren von Kokain im Abwasser gefunden.

Antwerpen liegt auch beim Konsum von Amphetaminen auf Platz eins, gefolgt von Dülmen in Deutschland. Innsbruck liegt auf der Skala weit hinten. Generell wurden die meisten Rückstände in Nordeuropa festgestellt, am wenigsten belastet war das Abwasser in südeuropäischen Städten.

http://orf.at//stories/2370848/Drogen in Abwasser: Antwerpen und London Spitzenreiter

BM.I REPUBLIK ÖSTERREICH BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES

Österreichischer Gemeindebund

DANKE!

Innenministerium und Gemeindebund danken allen WahlbeisitzerInnen in Österreichs Gemeinden für die reibungslose und perfekte Abwicklung der Bundespräsidentenwahl am 4. Dezember.

IHR SEID DAS FUNDAMENT DER DEMOKRATIE!

ANTIKE STADT IN ÄGYPTEN ENTDECKT

Archäologen haben laut ORF Online die Ruinen einer mehr als 7000 Jahre alten Stadt entdeckt. Die Wissenschaftler gingen davon aus, dass die Stadt, zu der auch 15 größere Grabstätten gehörten, bis ins Jahr 5316 vor Christus datiert. Die Grabstätten, die teils noch größer als die Gräber in Abydos seien, gehörten wahrscheinlich bedeutenden Menschen. „Diese Entdeckung kann Licht auf eine Menge Informationen zur Geschichte von Abydos werfen", erklärte Ägyptens Antikenminister Mahmut Afifi.

EIN EIGENES DORF FÜR DEMENZKRANKE

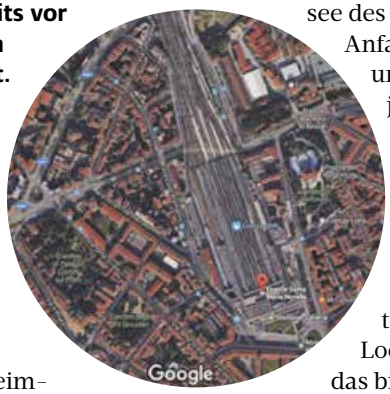
Ein großer Park, eine Musikbibliothek, ein Restaurant, Geschäfte und ein Wellness-Salon: Das bietet ein ganz spezielles Dorf, das in der dänischen Stadt Svendborg eröffnet wurde. Es ist ein Dorf für Demenzkranke und damit speziell auf die Bedürfnisse dieser Patienten zugeschnitten. Die Bewohner leben in 125 Wohnungen und werden je nach Bedarf betreut. [**www.kleinezeitung.at**]

Einst Vorzeigeprojekt, nun Fiasko

Eine 450 Meter lange, 60 Meter breite und rund zehn Meter tiefe Baugrube steht in Florenz für den Bau eines bereits vor Jahren begonnenen Großprojekts bereit. Die Sache hat mittlerweile aber einen Haken: Der vom Büro des Stararchitekten Norman Foster geplante unterirdische Bahnhof wird wohl nie gebaut.

Er habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass ihm das Projekt nicht gefalle, war der Nachfolger von Italiens Premier Matteo Renzi auf dem Chefsessel der toskanischen Hauptstadt bereits im Juni von „La Repubblica" zitiert worden. Angesichts verkehrsplanerischer und nicht zuletzt finanzieller Bedenken will Medienberichten zufolge aber ohnehin kaum noch jemand etwas vom einstigen Vorzeigeprojekt wissen.

Die im Jahr 1996 begonnene Odyssee des ehrgeizigen, von Anfang an gleichzeitig umstrittenen Projekts ist damit aber noch lange nicht beendet. Allen voran stelle sich laut „Corriere della Sera" nun die Frage, wofür mitten in Florenz ein Loch gegraben wurde, das bisher satte 774 Millionen Euro verschlang.



Luftaufnahme der Baustelle des Bahnhofs Firenze Belfiore in Florenz

http://orf.at/stories/2368758/2368760/

FOTOS // shutterstock/Dennis van de Water / sabthai // Google Earth // ÖVP Braunau // BMLFUW/Alexander Haiden

KOMMENTAR

INTEGRATION IST DAS **SCHAFFEN VON GEMEINSAMKEIT**

Integrationsminister Kurz hat es jüngst ausgesprochen: Die Verhandlungen über das so genannte Integrationspaket verlaufen derzeit zwar positiv, aber schleppend. Der zuständige Ressortminister sieht die Sache damit durchaus realistisch, wenngleich er auch angekündigt hat, dass er das Integrationsgesetz mit dem Regierungspartner im neuen Jahr finalisieren will. Aus Sicht der Gemeinden schwingt da der Wunsch mit, dass dies auch dann geschieht, wenn das Jahr 2017 noch nicht allzu sehr fortgeschritten ist, also noch nicht wirklich „neu“ ist. Denn angesichts der großen Aufgaben, die Österreich mit der Aufnahme von Flüchtlingen im vergangenen Jahr übernommen hat, wird dieses Gesetz ein Ergebnis liefern müssen, an dem nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Bundesländer und letztlich auch die Gemeinden und die gesamte österreichische Gesellschaft gemessen werden wird.

Schon lange hat kein Gesetzesentwurf so viel Symbolkraft entwickelt wie das Integrationsgesetz, und es kann festgestellt werden, dass ein solches Gesetz auch ohne den großen Flüchtlingsstrom des letzten Jahres auch zuvor schon sinnvoll und lohnend gewesen wäre.

Vorab ist festzustellen, dass Integration in rechtstechnischer Sicht eine Querschnittsmaterie ist, für welche die entsprechenden Rahmenbedingungen nur in Zusammenarbeit aller betroffenen Kompetenzträger geschaffen werden kann. Insofern kann auch ein Bundesgesetz in unserem föderalistischen Staat nur ein Teil einer großen Strategie zur Integration sein. Integration heißt übrigens das Anstreben eines unverletzten und einheitlichen Zustandes. Integrität kommt davon. In einem Bundesstaat heißt dies dann, dass alle Verantwortungsträger eine gemeinsame Linie zu finden haben. Bund, Länder und Gemeinden haben die Aufgabe, sich unter diese gemeinsame Strategie zu stellen, also auch sie haben sich im Wortsinn zu integrieren, sich in den Dienst eines gemeinsamen unverletzten Ganzen zu stellen.

> **„Ziel von Integration kann es nicht sein, jedem Einwanderer ein Zertifikat über sein Österreichertum wie einen Gamsbart an den Hut zu stecken.** Vielmehr sollte auf eine Gesellschaft hingearbeitet werden, die sich durch einen sozialen Zusammenhang definiert, der Österreich heißt und der hält was er verspricht.“

Wie Minister Kurz bereits über den Entwurf bekanntgegeben hat, soll im Mittelpunkt dieses Gesetzes der Spracherwerb, der Einstieg in den Arbeitsmarkt und die Vermittlung von Grundwerten stehen. Man könnte dies mit den Schlagworten, geistige Beheimatung, Befähigung und Beteiligung umschreiben. Mir ist dabei die Betonung der geistigen Beheimatung wichtig, da damit gravierende Vorbehalte gegenüber der neuen Heimat ausgeschlossen werden müssen. Integration ist ein geistiger Prozess, der zwar mit Maßnahmen z. B. vornehmlich des Spracherwerbs unbedingt einhergehen muss, aber nur oberflächlich gemessen werden kann. Ziel der Integration kann es nicht sein, jedem Einwanderer ein Zertifikat über sein Österreichertum wie einen Gamsbart an den Hut zu stecken, sondern vielmehr auf eine Gesellschaft hinzuarbeiten, die sich durch einen sozialen Zusammenhang definiert, der Österreich heißt und das hält, was es verspricht: nämlich ein Gemeinwesen zu sein, das jedem Menschen in seiner persönlichen Eigenart und Herkunft eine Würde zugesteht, ihn mit Rechten und Pflichten ausstattet und dabei vor allem Verantwortung für die gemein-

sam erkannten unveräußerlichen Werte einer westlichen Demokratie verlangt.

Umgelegt auf die Flüchtlinge heißt dies, dass ihnen mit Integrationsmaßnahmen Perspektiven für ein künftiges Leben in Österreich geschaffen werden, genauso, wie wir das ja auch mit Selbstverständlichkeit für unsere junge Generation tun, im Sinne des Förderns und des Forderns. Umgelegt auf die Bürgergesellschaft heißt dies, dass die Hochhaltung der Werte keine Lippenbekenntnisse sein dürfen. Auch gegenüber den Flüchtlingen müssen diese Werte gelebt werden, sonst sind sie schwer vermittelbar. Insofern haben sich gerade die freiwilligen Initiativen auf der untersten Ebene der Gesellschaft in den Gemeinden, Pfarren und Vereinen eine besondere Unterstützung und Förderung verdient.

Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, dessen Gelingen von der Mitwirkung möglichst vieler Verantwortungsträger abhängt, und letztlich ist ja jeder hier lebende Mensch Träger von Rechten und Pflichten; er trägt Verantwortung, dass unser Gemeinwesen auch gelingt. Unser Land soll weiterhin ein Land mit hoher Lebensqualität und sozialem Zusammenhalt bleiben. Insofern müssen die Rahmenbedingungen für die Integration von Flüchtlingen möglichst breit und gut in der Gesellschaft verankert werden.

Föderalismus heißt auch Eigenverantwortung, aber bei besonders bedeutenden Fragen auch das Bekenntnis zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung. Dass die Einbindung vieler Ebenen nicht einfach ist und vielleicht auch so manche verzögernde „Ehrenrunde“ nötig macht, ist verständlich. Aber es muss doch bitte von allen am Zustandekommen Beteiligten erwartet werden können, dass sie dieses wichtige Unterfangen mit Hochdruck fördern, damit Österreich ein Integrationsgesetz bekommt, wenn das neue Jahr noch wirklich „jung“ ist.

HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL
ist Leiter der Abteilung Recht & Internationales im Österreichischen Gemeindebund
nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

Romeder kämpft für die Gemeinden

Gegen Jahresende 1991 gab es zunehmende Proteste und Beschwerden der Gemeinden wegen des „angekündigten Versiegens der Mittel aus dem Bundes-Wasserwirtschaftsfonds. Diese Proteste haben – so der Bericht in „kommunal-journal“ Ausgabe 13 –bei der zuständigen Umweltministerin Ruth Feldgrill-Zankel offenbar Wirkung gezeigt. Gemeindebund-Präsident Franz Romeder konnte in einem Gespräch mit der Ministerin erreichen, dass „durch eine schriftliche Weisung (!) der Ministerin an die zuständige Generaldirektion des Bundes-Wasserwirtschaftsfonds jetzt rasch und vor allem positiv reagiert wird“.

Im Klartext hieß das, dass jene Gemeinden, deren eingereichte wasserwirtschaftliche Projekte im Frühjahr 1991 bereits positiv begutachtet wurden, „jetzt auch die schriftliche Zusicherung der Zuteilung der Fondsmittel“ erhielten. Was weiters bedeutete, dass diese Gemeinden die entsprechenden Bauaufträge für ihre Projekte erteilen konnten.

In weiterer Folge bedeutete dies auch eine „weitere Sicherung der kommunalen Bautätigkeit auf diesem so wichtigen Gebiet und damit nicht zuletzt eine Sicherung der Funktion der Gemeinden als „größter öffentlicher Investor“. Der zweite Erfolg, den der Gemeindebund für die Gemeinden erreichen konnte: Bei allen weiteren Verhandlungen über die Umstrukturierungen des Fonds werden nun auch Experten der Gemeinden beigezogen. „Damit ist seitens der kommunalen Interessensvertretung auch aus dieser Sicht für eine Wahrung der Gemeindeinteressen gesorgt.“

Gemeindebund-Präsident Franz Romeder im Jahre 1991.

GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

NÄCHSTER STOPP: **SALZBURG**

Der 64. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2017 finden am 29. und 30. Juni in Salzburg statt. Eine Vorschau.

TEXT / Hans Braun

Der jährlich stattfindende Österreichische Gemeindetag geht heuer zum 64. Mal über die Bühne. Gastgeber ist diesmal Salzburg – und in diesem Fall kann man mit Fug und Recht behaupten, dass „der Gemeindetag nach Hause kehrt". Salzburg war nämlich, was viele nicht mehr wissen, 1948 Schauplatz des allerersten Österreichischen Gemeindetages. Dieser stand damals ganz im Zeichen des Finanzausgleichs und gab den Startschuss für eine bis heute sehr beeindruckende Erfolgsgeschichte der Österreichischen Gemeindetage.

Bei diesem 1. Gemeindetag fand der Bürgermeister der Stadt Salzburg, Anton Neumayr, berührende Worte für die Lage seiner Amtskollegen im Osten, für jene, die in der sowjetischen Zone lebten: „Wir erfassen voll und ganz die Schwierigkeiten jener Gemeinden und ihrer Bürgermeister, die in einem anderen Besatzungsgebiet tätig sind. Den verschiedenen Freunden in Niederösterreich, im Burgenland und zum Teil auch in Oberösterreich ist die Freizügigkeit und die freie Meinungsäußerung oft genommen. Wir begreifen, dass sie in einer besonders schwierigen Notlage sind, aber das eine können wir ihnen sagen: Wir wollen ihre Freunde sein, wir wollen ihnen jederzeit treu zur Seite stehen in ihrem Kampf. Wir wollen sie dadurch unterstützen, dass wir unserem Staat die ganz besondere Treue zusagen." (KOMMUNAL 10/2005, Seite 41)

Anton Neumayr, Bürgermeister der Stadt Salzburg von 1945 bis 1951.

Wenn man so will, ist das eine der Geburtsstunden der Solidarität zwischen den Gemeinden und ihrer Vertreter. Jedenfalls stand seitdem noch jeder Österreichische Gemeindetag unter diesem beeindruckenden Geist der Solidarität und des „füreinander Einstehens".

Die 64. Auflage des Gemeindetages wartet wieder mit einem umfangreichen Programm auf. Erstmals wird es im Rahmen des Gemeindetages in der Mozartstadt 2017 auf rund 14.000 m² eine Kommunalmesse geben.

Donnerstag, 29. Juni, ab 8.00 Uhr öffnen Gemeindetag und Kommunalmesse ihre Pforten, rund 2500 Bürgemeisterinnen, Bürgermeister und Gemeindemandatare werden pro Tag erwartet. Nach den schon traditionellen Messerundgängen wird die Fachtagung des Gemeindetages

um 14.00 Uhr der erste Höhepunkt sein. Dieser erste Tag des Gemeindetages wird mit einem Galaabend ausklingen, an dem die Kulturhochburg Salzburg sich würdig präsentieren wird.

Am Freitag, 30. Juni, werden die Gemeindebund-Spitzen wieder eine Riege höchster Vertreter von Bundes- und Landespolitik begrüßen können. Nachdem 2016 aus bekannten Gründen kein Bundespräsident als Gast nach Klagenfurt kommen konnte, stehen die Chancen gut, dass diese Tradition heuer wieder fortgeführt wird.

Um 9.30 Uhr beginnt die Haupttagung, im Anschluss daran wird es einen abschließenden Messerundgang geben und gegen 13.00 Uhr werden Gemeindetag und Kommunalmesse enden.

Perfekte Bedingungen wird es für Aussteller und Besucher der Kommunalmesse geben. Auf rund 14.000 m² Ausstellungsfläche werden wieder rund 200 Firmen aus dem In- und Ausland ihre Neuheiten für den kommunalen Sektor präsentieren. Politik, Verwaltung, Praxis – diese drei Bereiche finden sich in dieser wichtigsten Veranstaltung des kommunalen Jahres wieder. Kommunale Entscheidungsträger finden vor Ort alle Informationen, die sie für ihre tägliche Arbeit brauchen und knüpfen wertvolle Kontakte untereinander und mit der Wirtschaft. Auf diekommunalmesse.at haben wir Videos und Fotos der jüngsten Messe bereitgestellt, damit sich jeder ein Bild der Messe machen kann. Wie groß das Interesse der Wirtschaft ist, zeigt sich daran, dass bereits jetzt ein Großteil der Fläche belegt ist.

Jetzt anmelden: Ab Jänner 2017 ist auf der Gemeindetags-Website gemeindebund.at/gemeindetag die Online-Anmeldung möglich. Und eingedenk der Situation vor dem vergangenen Gemeindetag, als das Anmeldefenster vorzeitig geschlossen werden musste, weil die Kapazitätsgrenze erreicht war:
Bitte so schnell wie möglich anmelden!

LINKS ZU GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE

gemeindebund.at/gemeindetag

und

diekommunalmesse.at

FOTO// www.chistof-reich.com

SOMMERGESPRÄCHE

Der Think Tank im **Herzen Österreichs**

Von 19. bis 21. Juli 2017 findet in Bad Aussee die zwölfte Auflage der Kommunalen Sommergespräche statt. Rund 350 Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft machen diesen Event zum kommunalen Think Tank par excellence, zum „Alpbach der Gemeinden“.

Mit dem Thema „Digtitalisierung und Kommunikation“ sind die Veranstalter wieder am Puls der Zeit. Frei nach dem Motto „Denk digital, bleib kommunal“ werden die verschiedensten Aspekte der Kommunikation beleuchtet. Vor allem die Frage, was sich in den vergangenen 20 Jahren auf diesem Sektor getan hat, welchen Chancen sich auch für die kommunale Ebene bieten, aber auch, welche Gefahren drohen, werden diskutiert. Wie die kleinen und großen Wahlen der jüngsten Vergangenheit gezeigt haben (US-Wahl, Bundespräsidentenwahl), haben diverse Socialmedia-Kanäle und generell das Internet große Auswirkungen auf das Wahlverhalten der Menschen. Weitere Themen sind unter anderem digitale Strategien für Entwicklungen wie „smart country“ etc.

Mehr auf www.sommergepraeche.at

FINANZAUSGLEICH
Das sind die Details für 2017
Seite 19

DAS BRINGT 2017
Ein volles Programm steht ins Haus
Seite 20

MASTERPLAN
Wie der ländliche Raum zunkunftsfit gemacht wird
Seite 24

GEMEINDEFINANZEN

RÜCKLAGEN UND INVESTITIONEN WIEDER GESTIEGEN

Der aktuelle Gemeindefinanzbericht stellt den Gemeinden wieder ein sehr gutes Zeugnis aus – die Gemeinden wirtschaften und investieren äußerst diszipliniert und verantwortungsvoll. Für 2017 ist aus dem FAG wieder etwas mehr Geld zu erwarten, die Herausforderungen an die Gemeinden steigen allerdings auch an.

GEMEINDEFINANZBERICHT

DISZIPLINIERT **GEWIRTSCHAFTET**

Die Überschüsse der Gemeinden sind auf Rekordhöhe, der Schuldenstand sinkt, und es wird kräftig investiert – das zeigt der Gemeindefinanzbericht für das Jahr 2015, der von Kommunalkredit Austria, Gemeindebund und Städtebund vorgestellt wurde.

Österreichs Kommunen (ohne Wien) erzielten 2015 den bisher höchsten Überschuss in der laufenden Gebarung, die freie Finanzspitze hat sich deutlich erhöht. „Die Gemeinden haben hervorragend gewirtschaftet und alle Ziele erreicht“, sagt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer. „Wir sind Vorbild für alle Gebietskörperschaften.“

Rekord-Überschüsse. Die Gemeinden nahmen (abzüglich Schuldenaufnahme) 18,57 Milliarden Euro ein – ein Plus von 2,4 Prozent. Ausgegeben wurden 18,41 Milliarden. Das ist ein Plus von 1,8 Prozent. Die laufenden Gemeindeeinnahmen stiegen um 2,9 Prozent auf 15,6 Milliarden Euro, die laufenden Gemeindeausgaben um 2,3 Prozent auf 13,9 Milliarden Euro. Somit belief sich der Saldo der laufenden Gebarung auf 1,73 Milliarden Euro. 2015 wiesen die Gemeinden einen offiziellen Maastricht-Überschuss von 176 Millionen bzw. 0,05 Prozent des BIP aus.

Steuer- und Gebühreneinnahmen. Die positive Haushaltssituation 2015 ergibt sich vor allem durch die Entwicklung der Einnahmenseite und Zinsausgabenersparnissen. Die Gemeindeanteile an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (Ertragsanteile) stiegen um 3,3 Prozent auf 6,14 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus Leistungen stiegen um 3,8 Prozent auf 1,61 Milliarden Euro, die Gemeindeabgaben um 2,4 Prozent auf 3,29 Milliarden. Zudem sanken die Zinsausgaben der Gemeinden um 12,3 Prozent.

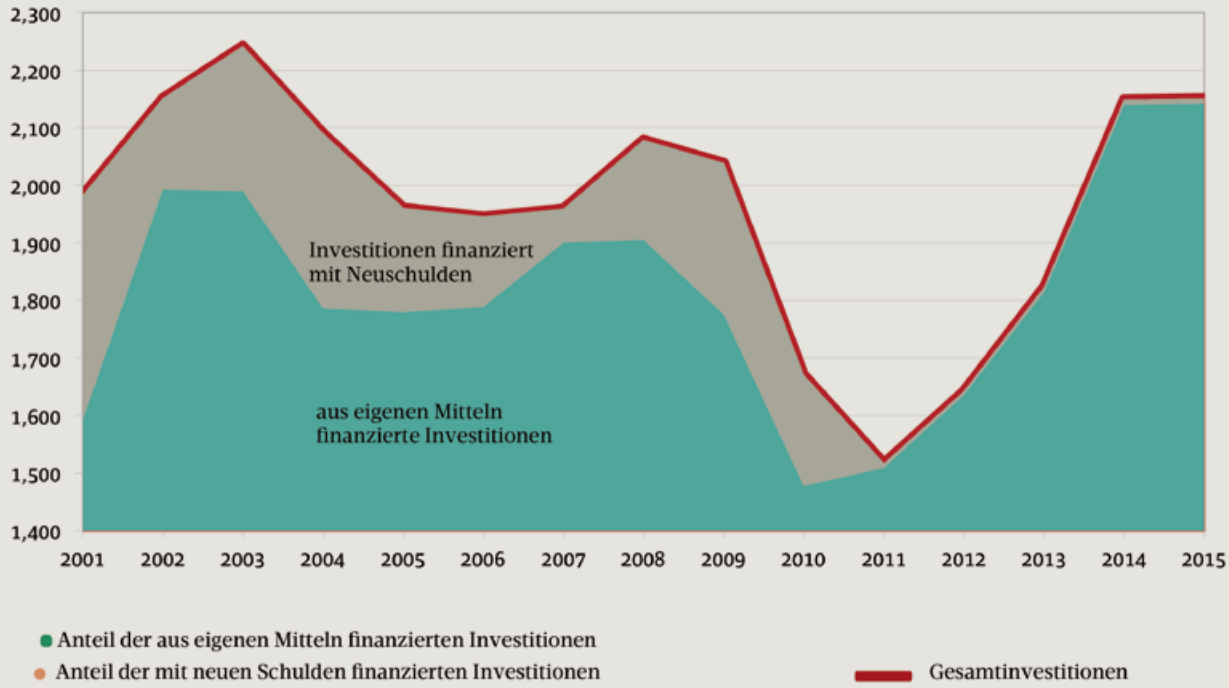
Städtebund-Generalsekretär Thomas Weninger, Kommunalkredit-Generaldirektor Alois Steinbichler und Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer präsentierten den Gemeindefinanzbericht.

Ausgabentreiber Soziale Wohlfahrt. Die Ausgaben abzüglich Tilgungen erhöhten sich 2015 um 322 Millionen Euro oder 1,8 Prozent auf 18,41 Milliarden Euro.
Eine Veränderung gab es bei den stärksten Ausgabenanstiegen in den Gemeindebudgets. Der Bereich „Soziale Wohlfahrt“ war bis zum Jahr 2011 der wesentliche Treiber der kommunalen Ausgaben. Von 2000 bis 2011 stiegen die Nettoausgaben für Soziale Wohlfahrt einschließlich Pflege um 98,8 Prozent. Mit Einführung des Pflegefonds im Jahr 2011 wurde diese Ausgabendynamik vorübergehend gebremst.
Ab dem Jahr 2014 zeigte dieser Ausgabenblock, trotz der Wirkung des Pflegefonds, erneut einen außergewöhnlichen Anstieg. 2015 stiegen die Nettoausgaben für Soziale Wohlfahrt deutlich um 7,4 Prozent auf 1,76 Milliarden Euro. „Wenn diese Steigerungsrate noch ein Jahr anhält, werden die Sozialausgaben im Jahr 2016 zum

GEMEINDEFINANZBERICHT

Investitions- und Ausgabenentwicklung

INVESTITIONEN DER GEMEINDEN OHNE WIEN IN MIO. EURO



NETTOAUSGABEN DER GEMEINDEN OHNE WIEN IN MIO. EURO

	2011	2012	2013	2014	2015
Vertretungskörper, allg. Verwaltung	1.696	1.751	1.784	1.852	**1.857**
Veränderung zum Vorjahr	0,91%	3,23%	1,88%	3,82%	**0,28%**
Soziale Wohlfahrt	1.529	1.499	1.541	1.638	**1.758**
Veränderung zum Vorjahr	4,16%	-1,98%	2,80%	6,28%	**7,38%**
Unterricht, Erziehung, Sport	1.466	1.561	1.626	1.677	**1.685**
Veränderung zum Vorjahr	4,75%	6,48%	4,14%	3,17%	**0,50%**
Gesundheit	1.002	1.076	1.102	1.152	**1.176**
Veränderung zum Vorjahr	2,11%	7,44%	2,42%	4,49%	**2,12%**
Dienstleistungen	538	652	661	636	**653**
Veränderung zum Vorjahr	6,12%	21,12%	1,47%	-3,91%	**2,71%**
Straßen-, Wasserbau, Verkehr	479	536	593	578	**536**
Veränderung zum Vorjahr	-5,75%	11,98%	10,68%	-2,56%	**-7,19%**
Kunst, Kultur, Kultus	354	370	379	398	**395**
Veränderung zum Vorjahr	2,69%	4,42%	2,49%	4,95%	**-0,71%**
Öffentliche Ordnung u. Sicherheit	259	281	290	294	**302**
Veränderung zum Vorjahr	-2,16%	8,41%	3,26%	1,38%	**2,77%**
Wirtschaftsförderung	214	224	223	212	**196**
Veränderung zum Vorjahr	2,02%	4,51%	-0,53%	-4,91%	**-7,42%**
SUMME	**7.537**	**7.949**	**8.199**	**8.435**	**8.559**

QUELLE: Kommunalkredit, Statistik Austria 2016

GEMEINDEFINANZBERICHT

Weniger ist mehr

–164,8

NIEDRIGE ZINSEN WIRKEN SICH VORTEILHAFT AUS

Das anhaltend niedrige Zinsniveau sorgte dafür, dass die Zinsausgaben der Gemeinden um fast 13 Prozent auf **164,8 Millionen Euro** sanken. Auch 2016 und 2017 werden die Kommunen von der Niedrigzinspolitik der EZB profitieren.

–180

WENIGER ABGANGSGEMEINDEN

Abgangsgemeinden sind jene Gemeinden, deren Ergebnis des ordentlichen Haushalts negativ ist. Die Anzahl der Abgangsgemeinden sank im Jahr 2015 um **180 auf 797 Gemeinden**. 2014 waren es noch 977 gewesen. Dieser Rückgang war unter anderem auf den einmaligen Effekt der Gemeindezusammenlegungen in der Steiermark und einer folgenden Reduktion der Gesamtzahl der Gemeinden zurückzuführen.

–80

IN KLEINEN GEMEINDEN ZAHLT MAN WENIGER GEBÜHREN

Auffällig ist, dass kleinere Gemeinden mit geringeren Gebühren für ihre Dienstleistungen auskommen als die großen Kommunen. Mit der Größe der Gemeinde steigt auch die Pro-Kopf-Belastung aus Gebühren, bis sie in den neun heimischen Städten über 50.000 Einwohner bei der Pro-Kopf-Betrachtung naturgemäß etwas sinkt. In Gemeinden mit weniger als 2500 Einwohnern muss man im **Durchschnitt 258 pro Kopf und Jahr** an Gebühren bezahlen. In Städten zwischen 20.000 und 50.000 Einwohner ist die Gebührenbelastung mit durchschnittlich 338 Euro pro Kopf am höchsten. Bei den Gemeindeabgaben zeigt sich ein ähnliches Bild. Städte mit mehr als 50.000 Einwohner erzielen im Pro-Kopf-Vergleich doppelt so hohe Abgabenvolumina wie kleinere Gemeinden.

ersten Mal zum größten Nettoausgabenblock der Gemeinden“, warnt Gemeindebund-Chef Mödlhammer.

Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Bezieher von Mindestsicherung zurückzuführen. Deren Zahl hat sich seit 2013 jährlich um rund zehn Prozent erhöht. „Das sind aber nicht nur Flüchtlinge“, stellt Mödlhammer klar, „auch die schlechte Arbeitsmarktsituation spielt hier eine Rolle.“

Mit einem Anstieg von 129 Prozent oder fast eine Milliarde Euro sind die jährlichen Ausgaben für Soziale Wohlfahrt die am stärksten steigenden Nettoausgaben der Gemeinden seit dem Jahr 2000. Zum Vergleich: Die Inflation betrug im selben Zeitraum nur rund 30 Prozent. Steigerungen gab es auch bei den Ausgaben für öffentliche Ordnung (+2,7 Prozent) und Dienstleistungen (ebenfalls +2,7 Prozent). Deutlich weniger ausgegeben wurde für Wirtschaftsförderung, wo es ein Minus von 7,4 Prozent gab.

Schulden reduziert. Der Schuldenstand der Gemeinden sinkt seit 2011 kontinuierlich. Dieser Trend setzte sich auch 2015 fort. Die Finanzschuld der Gemeinden sank um 0,1 Prozent auf 11,26 Milliarden Euro. Damit verringerte er sich in den letzten vier Jahren um 428 Millionen Euro. Die Haftungen der Gemeinden sanken im Jahr 2015 um 3,7 Prozent auf 6,18 Milliarden Euro. Ein Grund dafür war die Reduktion der Investitionen in den ausgegliederten Gesellschaften (aufgrund des Wegfalls des Vorsteuerabzugs für Investitionen). Alle Bundesländer mit Ausnahme Vorarlbergs haben die Haftungen reduziert.

„Wenn diese Steigerungsrate noch ein Jahr anhält, werden die Sozialausgaben im Jahr 2016 zum ersten Mal zum **größten Nettoausgabenblock der Gemeinden.“**

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Freie Finanzspitze wird zurückgehen. Die freie Finanzspitze stieg im Vergleich zu 2014 deutlich um 16,3 Prozent auf 632 Millionen Euro. Ihre positive Entwicklung hat es den Gemeinden in den vergangenen Jahren ermöglicht, die Investitionen auf hohem Niveau zu halten, Schulden abzubauen und gleichzeitig die Rücklagen zu steigern.

Für 2016 ist allerdings ein Einbruch der freien Finanzspitze auf etwa 444 Millionen Euro zu erwarten. „Grund dafür sind die gesunkenen Steuereinnahmen aufgrund der Steuerreform“, sagt Mödlhammer.

Es wird weiterhin investiert. Die Investitionen der Gemeinden stiegen nur leicht. Mit 2,15 Milliarden Euro blieben sie jedoch auf einem hohen Stand. Mödlhammer: „Von 2013 auf 2014 gab es eine Steigerung um fast 18 Prozent. Das war ein Jahr, in dem viele davor zurückgestellte Investitionen gemacht wurden; jetzt stabilisieren sich die Gemeinden auf diesem Niveau.“

- Rund 39 Prozent der Investitionen der Gemeinden flossen in den Aufgabenkreis Dienstleistungen, also in Kanalbau, Kläranlagen sowie Müllentsorgungsbetriebe.
- An zweiter Stelle steht der Bereich Verkehr mit 25 Prozent der Investitionen.
- Der drittgrößte Investitionsblock war Bildung (rund 18 Prozent) – hier wurden im Jahr 2015 390,8 Mio. Euro von Österreichs Gemeinden investiert, eine doch merkbare Steigerung im Vergleich zum Jahr 2014.

FINANZAUSGLEICH

NATIONALRAT BESCHLIESST **FINANZAUSGLEICHSGESETZ**

Am 15. Dezember 2016 wurde das Gesetzespaket zum Finanzausgleich im Nationalrat beschlossen – mit dabei war auch die Verteilung der Strukturfondsmittel.

TEXT / Konrad Gschwandtner

Über den Finanzausgleich 2017 bis 2021 wurde bereits in der vorangegangenen Ausgabe des KOMMUNAL ausführlich berichtet. In der Zwischenzeit wurde in der Nationalratssitzung vom 15. 12. das **Finanzausgleichsgesetz** inklusive einiger von Gemeindebund und Städtebund vereinbarter Konkretisierungen beschlossen. Hier ist vor allem die Verteilung der 112,86 Millionen Euro an jährlichen „frischen Mitteln" zu nennen, die in Form von Finanzzuweisungen des Bundes für strukturschwache Gemeinden (60 Millionen) sowie zur Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltsführung insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Pflege und Soziales (52,86 Millionen Euro) gewährt werden. Letztere werden sowohl länder- als auch gemeindeweise nach dem aBS verteilt.

Verteilung der Mittel des Strukturfonds: Die für die Finanzausgleichsperiode 2017 bis 2021 vereinbarten jährlichen 60 Millionen Euro werden nach bundesweiten Kriterien auf die einzelnen Gemeinden verteilt:

- Unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum (inklusive Abwanderung) im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (für 2017 liegt der Vergleich 2012 bis 2015 zugrunde).
- Pro-Kopf-Finanzkraft unter 75 Prozent des Bundesdurchschnitts (für 2017 liegt die FK 2015 zugrunde).
- „Abhängigenquote" mehr als zehn Prozent über dem Bundesdurchschnitt (für 2017 per 31.10.2015); diese Kennzahl entspricht der Division der unter 15- und über 64-Jährigen durch die Anzahl der 15- bis 64-jährigen Personen je Gemeinde (die sozusagen die Jungen und die Alten erhalten müssen), der Bundesdurchschnitt lag 2015 bei 48,8 Prozent.

FINANZZUWEISUNGEN AN STRUKTURSCHWACHE GEMEINDEN 2017
VORLÄUFIGE DATEN (IN MIO. EURO)

EINWOHNER	BGLD	KTN	NÖ	OÖ	SBG	STMK	TIROL	VBG	WIEN	SE
bis 500	0,34	-	0,23	0,08	0,07	0,06	0,27	0,03	-	**1,07**
501-1000	1,17	0,34	2,19	0,94	0,11	0,49	0,89	0,20	-	**6,34**
1001-2500	3,50	4,79	9,68	4,23	0,41	6,29	1,10	0,11	-	**30,10**
2501-5000	0,80	1,70	3,70	2,26	0,32	5,63	0,64	0,05	-	**15,11**
5001-10.000	-	1,33	0,83	0,78	0,14	2,37	-	0,05	-	**5,51**
10.001-20.000	-	0,53	0,36	0,06	-	0,93	-	-	-	**1,88**
20.001-50.000	-	-	-	-	-	-	-	-	-	**-**
50.001 und mehr	-	-	-	-	-	-	-	-	-	**-**
SUMME	5,81	8,68	16,99	8,35	1,06	15,78	2,89	0,44	-	60,00

Die Tabelle zeigt das aggregierte Ergebnis der für 2017 vom BMF prognostizierten Mittelzuteilung, die gemeindeweisen, vorläufigen Zahlen liegen Ihrem jeweiligen Landesverband bzw. Ihrer Gemeindeabteilung vor.

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/BNR/BNR_00422/index.shtml

Die Ergebnisse der Mittelzuteilung sind vorläufig, weil den gegenständlichen Berechnungen noch nicht die Finanzkraft des zweitvorangegangenen Jahres (also 2015), sondern jene aus 2014 zugrunde liegt. Laut Finanzministerium haben diese vorläufigen Zahlen dennoch die Qualität, sie bereits in den Voranschlag 2017 aufzunehmen. Im Frühjahr 2017 werden dann die finalen Werte veröffentlicht.

Dynamik-Garantie nachgeschärft: Ein zweiter wesentlicher Unterschied des Gesetzesbeschlusses vom 15. 12. 2016 gegenüber der Regierungsvorlage vom 15. 11. 2016 betrifft die Dynamik-Garantie (am landesweisen Wachstum der Pro-Kopf-Ertragsanteile). Diese wäre grundsätzlich für alle Jahre dieser Finanzausgleichsperiode mit 50 Prozent vorgesehen gewesen. Für einen verwerfungsfreien Übergang (bedingt durch die umfangreichen Änderungen bei den gemeindeweisen Ertragsanteilen), konnte jedoch erreicht werden, dass diese für 2017 auf 80 Prozent und 2018 auf 65 Prozent angehoben wird.

DAS BRINGT DAS NEUE JAHR

VOLLES PROGRAMM STEHT INS HAUS

2016 war geprägt durch die Verhandlungen für den neuen Finanzausgleich (2017–2021). Dieser wurde Mitte Dezember im Nationalrat beschlossen und ist mit 1. Jänner 2017 in Kraft getreten.

Der neue Finanzausgleich bringt zusätzliche Mittel für die Gemeinden: 60 Millionen Euro wandern jährlich in einen Strukturfonds, rund 53 Millionen Euro kommen als jährliche Finanzzuweisung des Bundes für Kostensteigerungen im Gesundheits- und Sozialbereich hinzu und 37,5 Millionen Euro werden als Einmalzahlung für die Bewältigung der Flüchtlingskrise im Sommer 2017 an die Gemeinden überwiesen. Neben administrativen Erleichterungen ist es damit gelungen, dass der neue Finanzausgleich – nahezu verwerfungsfrei – mehr Mittel für die Gemeinden zur Verfügung stellt. Die Verhandlungen waren für den Gemeindebund nicht einfach, die Ergebnisse werden ab 2017 für alle Gemeinden spürbar sein, die sogenannten frischen Mittel ab der Jahresmitte. Das Thema Finanzausgleich wird uns allerdings auch noch im nächsten Jahr beschäftigen. Wurde doch die Umsetzung einer Aufgabenreform im Bereich der Kleinkindbetreuung ab 2018 und im Pflichtschulbereich ab 2019 vereinbart. Hier gilt es die notwendigen Parameter zu finden, nach denen künftig die Mittelverteilung gestaltet werden soll.

„Die FAG-Verhandlungen waren für den Gemeindebund nicht einfach, die Ergebnisse werden ab 2017 für alle Gemeinden spürbar sein, **die sogenannten frischen Mittel ab der Jahresmitte.**“

Eine große Herausforderung – zumal es in allen Bundesländern unterschiedliche Voraussetzungen gibt. Auch die Bedarfszuweisungsmittel wurden neu strukturiert, sodass es auf Länderebene neue Richtlinien und Vorgaben zu erarbeiten gilt.

Vereinbart wurde auch die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur **Reform der Grundsteuer**. Diese Arbeiten sollen bis Herbst abgeschlossen sein, damit ab 2018 eine neue Grundsteuer greifen kann. Es muss ein einfaches, transparentes Bewertungssystem geschaffen werden, das die Gemeinden selbst vollziehen können. Auch die Vorschreibung soll wie bisher durch die Gemeinden erfolgen. Für all das gilt es geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Auch bei der **Kommunalsteuer** sind Reformen angedacht. Die Einhebung könnte etwa durch die Sozialversicherungen erfolgen. Dies wäre eine Verwaltungsvereinfachung und Entlastung für Gemeinden, sofern sie nicht über die entsprechenden Einrichtungen (wie z. B. Bündelung in einem Gemeindeverband) verfügen. An dieser Stelle sei gleich angemerkt, dass dieser Einhebung

durch Dritte nur dann zugestimmt werden kann, wenn dadurch der Ertrag der Kommunalsteuer für die Gemeinden nicht geschmälert wird. Auch inhaltlich wird es erforderlich sein, sich mit den materiellrechtlichen Bestimmungen auseinanderzusetzen. So ist die Besteuerung von Leihpersonal für die Gemeinden ein wichtiges Thema, das einer befriedigenden Regelung zugeführt werden muss. Der Finanzausgleich wird uns also auch noch im nächsten Jahr intensiv beschäftigen. Was die Finanzdaten betrifft, wird 2017 wohl auch an einer **Vereinfachung der Fiskalregeln** des Stabilitätspakts gearbeitet werden, was auch bereits auf europäischer Ebene diskutiert wird.

Auch wird weiterhin intensiv an der Umsetzung der **VRV 2015** gearbeitet werden. Bis Frühjahr/Sommer werden aktuell in verschiedenen österreichweiten Arbeitsgruppen die fachlichen Grundlagen erarbeitet (Muster für bundesweit gleiche Voranschläge und Rechnungsabschlüsse, Kontierungsempfehlungen etc.), damit all das ab dem Sommer von Seiten der EDV-Dienstleister entsprechend umgesetzt werden kann. Intensive Schulungen für alle Gemeindebediensteten und Kommunalpolitiker werden erforderlich sein, damit die neuen Vorgaben an die Rechnungslegung der Gemeinden auch sinnvoll umgesetzt werden können.

Etliche von der Bundesregierung bereits angekündigte Maßnahmen werden noch großen Umsetzungsbedarf für den Gemeindebund und die Gemeinden bringen. So wurde etwa im Ministerrat Ende Oktober ein **kommunales Investitionspaket** vereinbart, nach wie vor sind jedoch die Inhalte und Voraussetzungen völlig offen.

Noch Ende 2016 wurde das **Bildungsinvestitionsgesetz** beschlossen, das die Gemeinden schon im Jahr 2017 fordern wird, sollen sie doch in den nächsten Jahren dafür Sorge tragen, dass jeder zumindest im Umkreis von 20 Kilometern eine ganztägige Schulform vorfindet. Im Jahr 2017 ist überhaupt mit einem Umbruch im Bildungsbereich zu rechnen. So ist derzeit eine größere Schulreform in Vorbereitung, die unmittelbar auch Auswirkungen auf die Gemeinden haben wird. Neben der darin enthaltenen Schulautonomie sieht die Reform auch die Bildung von sogenannten Schulclustern vor. Wie sich die bildungspolitischen Zielsetzungen von der Schulautonomie bis hin zu den Schulclustern mit dem bisherigen System der Schulsprengel verhalten, ist ebenso nicht geklärt, wie zahlreiche andere Fragen, die es noch zu verhandeln gilt.

„Ein ständiger Wegbegleiter werden auch diverse Reformkommissionen der Bundesregierung sein. **So ist wieder eine Kommission für eine Bundesstaatsreform angedacht.“**

Über die Notwendigkeit einer **Wahlrechtsreform** wurde bereits berichtet. Der Gemeindebund wird sich in den legistischen Prozess einbringen und eine praxistaugliche Lösung einmahnen.

Auch wenn die derzeitige Situation in der Asylpolitik nicht mit der Situation vor einem Jahr vergleichbar ist, wird uns das Thema **Asyl, Migration und Integration** auch im kommenden Jahr intensiv beschäftigen. Es wird noch eine Mammutaufgabe, die vom Kindergarten über die Schule, vom Wohnen und Arbeitsplatz bis hin zur Gesundheit reicht.

Ein ständiger Wegbegleiter werden auch diverse Reformkommissionen der Bundesregierung sein. So ist angedacht, eine neue Kommission für eine **Bundesstaatsreform** einzusetzen. Genauso wie diverse Deregulierungskommissionen zum Teil schon im Einsatz sind. Hier ist jeweils größte Vorsicht geboten, damit nicht wie bei der noch in Verhandlung befindlichen **Gewerberechtsnovelle**, die eine Übertragung der baurechtlichen Agenden von der Gemeinde zur Gewerbebehörde regeln soll, mehr Probleme geschaffen als gelöst werden.

Ebenso spannend werden die Verhandlungen auf EU-Ebene im Zusammenhang mit dem **Kreislaufwirtschaftspaket**. Noch ist offen, welche neuen Vorgaben für die Abfallwirtschaft damit auf Österreich zukommen werden. Hier gilt es vorweg Regelungen hintanzuhalten, die in der Theorie gut gemeint, aber in der Praxis nicht tauglich und damit nicht vollziehbar sind. Der derzeitige Konflikt im Zusammenhang mit der Abgeltungsverordnung sei nur am Rande erwähnt. Ein neues Vergabegesetz steht ebenso an wie die elektronische Vergabe von Aufträgen. Auch damit ist ein entsprechender Anpassungs- und Änderungsbedarf auf Gemeindeebene verbunden.

Großes Augenmerk wird auch auf den Erhalt des ländlichen Raumes und der erforderlichen Infrastruktur gelegt werden müssen. Der Ausbau wie auch die Abwicklung der **Förderung der Breitbandversorgung** muss schneller vonstatten gehen, damit der ländliche Raum nicht auf der Strecke bleibt und in der Entwicklung schlicht stehen bleibt. Auch in der **Gesundheitsversorgung** wird sich einiges ändern; neben der noch Ende letzten Jahres beschlossenen Gesundheitsreform sind weitere Reformen geplant.

Einem herausfordernden Jahr 2016 folgt daher ein ebenso herausforderndes Jahr 2017.

ADRESSEN UND GIP

AUS „ADRESSE“ WIRD „ZUGANGSKOORDINATE“

Adressen und GIP (GIP = „Graphen Integrations Plattform“) sind zwei Begriffe, die nicht gerade neu sind, zukünftig aber eine enge Beziehung haben werden.

Das Österreichische Adressregister speichert seit mehr als zehn Jahren alle in Österreich rechtsgültig vergebenen Adressen in normierter Form. Für jede Adresse gibt es – neben der von der Gemeinde vergebenen Schreibweise – eine rechtsgültige Kurzschreibweise des Straßennamens, den Zustellort – dieser soll dafür sorgen, dass in Gemeinden mit mehreren gleichlautenden Straßennamen der korrekte Ortsteil gewählt wird –, den Grundstücksbezug, die Koordinaten der Adresse und zukünftig auch einen eindeutigen Bezug zum GIP-Graphen. (Bild 1)

Der GIP-Graph – „GIP = Graphen Integrations Plattform“, ein etwas sperriges, aber bedeutendes Wort – ist ein durchgängig logischer, maßstabsfreier Repräsentant aller Straßen, Wege und Bahntrassen Österreichs, von der Autobahn bis zum hochalpinen Wanderweg, von der Schiene bis zur Schifffahrt. Somit können auf diesem Graphen Informationen (Attribute) punktgenau „angehängt“ und in einer Zusammenschau dargestellt werden. Diesen GIP-Graphen gibt es schon länger, und er begegnet uns im Routenplaner „AnachB“ (www.AnachB.at) oder im Pendlerrechner des Finanzministeriums.

Was ist daher neu – wenn es das Adressregister und die GIP schon länger gibt? Beide Basisdatenbestände werden zusammengeführt, referenzieren auf ein einheitliches Namensgut, die Geocodierung der Adresse erhält eine neue Bedeutung und die Adresse wird routingfähig.

Das Ebenenmodell der Adresse bleibt unverändert erhalten! Jede Adresse hat eine Koordinate und jedes Gebäude der Adresse hat eine Koordinate. Durch die automatische Erstbefüllung des Adressregisters war die Koordinate der Adresse entweder bei der Grundstücksnummer oder sie war mit der Koordinate eines Gebäudes ident. (Bild 2)

DIPL.-ING.
GUNTHER RABL
IST LEITER DER PROJEKTGRUPPE „ADRESSREGISTER“ BEIM BUNDESAMT FÜR EICH- UND VERMESSUNGSWESEN (BEV)

CHRISTIAN SCHLERITZKO, MSC
IST KONSULENT DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES

Diese Koordinate soll nunmehr in die Nähe des Zugangs zu einer Adresse geschoben werden – bei ca. 2,5 Millionen Adressen in Österreich kann dieser Prozess nur automatisch erfolgen und wird in der überwiegenden Zahl ein akzeptables Ergebnis liefern. Diese Koordinate der Adresse wird zumeist bis auf wenige Meter in der Nähe des Zugangs/der Einfahrt sein – und daher spricht man dann auch umgangssprachlich von der „Zugangskoordinate“ des Grundstücks. (Bild 3) Außerdem kann durch die Gemeinde – aber muss nicht – diese „Zugangskoordinate“ noch verbessert werden.

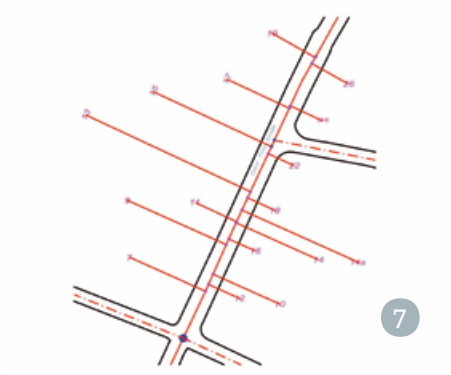
Die Koordinate des Gebäudes bleibt von dieser Maßnahme unberührt. In weiterer Folge wird dann am GIP-Graphen die zugehörige GIP-Koordinate bestimmt. (Bilder 4, 5 und 6)

Da diese Koordinate am GIP-Graphen liegt, ist sie fürs Routing geeignet. Navigationssysteme folgen dann von der GIP-Koordinate der Adresse entlang der GIP-Graphen zur GIP-Koordinate der Bestimmungsadresse. (Bild 7)

Mitte Dezember 2016 war der Prozess abgeschlossen und alle Koordinaten der bestehenden Adressen in die Nähe des Zugangs geschoben – wie schon erwähnt, die Koordinaten der Gebäude bleiben unverändert.

Zu diesem Zeitpunkt soll auch ein neuer GeoCodierungsClient im AGWR-II zur Verfügung stehen. Die Grundfunktionalitäten wurden unverändert beibehalten, aber das Erschei-

FOTOS // BEV



1 **Geocodierung der Adresse – mit Erstbefüllung der Geocodierung der Adresse (rot)**

2 **Geocodierung der Adresse – mit Erstbefüllung der Geocodierung der Adresse (rot) und des Gebäudes (gelb).**

3 **Geocodierung der Adresse – mit Erstbefüllung der Geocodierung der Adresse (rot) und automatisch berechneter Zugangskoordinate (grün)**

4 **Geocodierung der Adresse – mit automatisch berechneter Zugangs- (grün) und GIP-Koordinate (blau)**

5 **Geocodierung der Adresse – mit automatisch berechneter Zugangs- (grün) und GIP-Koordinate (blau) und unveränderter Geocodierung des Gebäudes (gelb)**

6 **Geocodierung der Adresse – mit automatisch berechneter Zugangs- (grün) und GIP-Koordinate (blau) und unveränderter Geocodierung des Gebäudes (gelb) – Basemap**

7 **Adresskoordinaten auf den GIP-Graphen gelotet**

8 **Geocodierung der Adresse – mit manuell verbesserter Zugangs- (grün) und GIP-Koordinate (blau) und unveränderter Geocodierung des Gebäudes (gelb)**

LINKS ZUM THEMA

adressregister@bev.gv.at
www.adressregister.at

nungsbild wurde neu gestaltet und weitere Informationsebenen können dargestellt werden. Bei jedem Aufruf wird die Erstellung und Bearbeitung der Geocodierung der Adressen unter anderem durch die Visualisierung von Orthophotos (DOP), der Basemap, der Digitalen Katastralmappe (DKM), der GIP-Graphen und automatischen Funktionen unterstützt. In weiteren Bearbeitungsschritten können aber diese automatisch vorgeschlagenen Ergebnisse durch den Bearbeiter angepasst werden. (Bild 8)

Es ist vorgesehen, dass in der ersten Jahreshälfte 2017 weitergehende Informationsveranstaltungen zu den Themen „Adressen und GIP“ durchführen werden.

MASTERPLAN

WIE DER LÄNDLICHE RAUM **ZUKUNFTSFIT WIRD**

Umweltminister Andrä Rupprechter fordert die Verlegung von Behörden in den ländlichen Raum, eine Stärkung der Rolle der Frau auf dem Land und rechtliche Vereinfachungen für Ehrenamtliche. Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer hofft, dass es nicht nur bei Lippenbekenntnissen bleibt.

2017 wird das „Jahr der Regionen". „Zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher leben im ländlichen Raum, trotzdem zieht es immer mehr Menschen in die Städte. Umso wichtiger ist es, den ländlichen Raum fit für die Zukunfts zu machen", betonte Bundesminister Andrä Rupprechter bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Tirols LH Günther Platter, der im nächsten Halbjahr den Vorsitz der LH-Konferenz führen wird, und Gemeindebund-Präsident Mödlhammer. 2017 soll eine Vielzahl an Maßnahmen für den ländlichen Raums folgen. Ein Punkt dabei ist die Erarbeitung des im Regierungsprogramm festgeschriebenen Masterplans für die Zukunft des ländlichen Raum. Regionale Erfolgsstrategien und Entwicklungspotenziale sollen im Rahmen einer Bundesländer-Tour direkt vor Ort mit der Bevölkerung diskutiert werden.

Ein weiteres wichtiges Instrument ist das Communal Audit, mit dem Gemeinden genau sehen, wo sie stehen und welche konkrete Maßnahmen für ihre Zukunft wichtig sind. Um Vorbilder aufzuzeigen, wird eine digitale Landkarte mehr 250.000 Projekte und Initiativen zusammenfassen.

VERLAGERUNGEN VON BEHÖRDEN UND ÄMTERN IN DIE REGIONEN

In Österreich sind lediglich 4 von 68 Bundesstellen in den Regionen. In Deutschland sind 18 in Berlin und 49 verteilt und in der Schweiz sind 35 in Bern und 12 verteilt. Auf **kommunal.at** finden Sie eine Übersichtskarte.

Drei Forderungen für die Zukunft des ländlichen Raums. Darüber hinaus stellt Rupprechter drei Forderungen auf: Die Verlagerung von Behörden und Ämtern in die Regionen, eine Stärkung der Rolle der Frau auf dem Land sowie Erleichterungen und rechtliche Vereinfachungen für jene, die sich ehrenamtlich engagieren. Forderungen, denen Gemeindebund-Präsident Mödlhammer durchaus zustimmen kann: „Es gibt wenig plausible Gründe, warum alle Bundes- und Landesbehörden in Wien bzw. den Landeshauptstädten sein müssen. Viele Dinge können inzwischen von allen Orten Österreichs aus erledigt und bearbeitet werden. Die Verlagerung hochrangiger Behördenstandorte in die ländlichen Gebiete schafft dort auch qualifizierte Arbeitsplätze, u. a. auch für Akademiker/innen." Er sieht auch den im Finanzausgleich paktierten Strukturfonds als wesentliche Unterstützung für strukturschwache Regionen. „60 Millionen Euro stehen dafür bereit. Über die gesamte Finanzausgleichsperiode bis 2022 300 Millionen Euro", unterstreicht Mödlhammer das Verhandlungsergebnis. Gleichzeitig er mahnt ein, dass diese Vorhaben auch wirklich umgesetzt werden und nicht „wie in der Vergangenheit oft Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden bleiben".

MIGRATIONSBERICHT

MIGRATION VERSTEHEN – MIGRATION STEUERN

Expertinnen und Experten des „Migrationsrats für Österreich“ verfassten einen Bericht über Möglichkeiten, Chancen und Risiken im Bereich Migration.

Österreich soll ein sicherer und stabiler Staat bleiben, in dem man in Wohlstand leben kann. Das ist die Kernbotschaft im Bericht des „Migrationsrats für Österreich“.

Die Expertinnen und Experten des Migrationsrats betrachteten in zehn Arbeitsfeldern im Konnex mit Migration die wichtigsten staatlichen und gesellschaftlichen Systeme und Funktionen und zeigten Chancen und Risiken auf.

Auch wenn die Interessen Österreichs klar im Mittelpunkt österreichischer Migrationspolitik zu stehen hätten, so habe Österreich unter Berücksichtigung seiner globalen Verantwortung auch im Hinblick auf die Herkunftsregionen zu handeln, heißt es im Bericht, der zwei Hauptziele verfolgt: Die Zusammenhänge im Bereich der Migration sichtbar zu machen und aufzuzeigen, dass es in diesem komplexen Politikfeld keine simplen und raschen Antworten gibt. „Wir haben es als unsere zentrale Aufgabe verstanden, einen Beitrag zur Sachlichkeit in einer emotional geführten und polarisierten Debatte zu leisten“, erklärt Professor Paul Lendvai.

„Im Zentrum unserer Überlegungen stand die langfristige Aufrechterhaltung des sozialen Friedens. Dieser ist in Österreich vor allem durch funktionierende Kooperationssysteme abgesichert. So ist es wichtig, dass beispielsweise der Arbeitsmarkt, das Sozialsystem, das Gesundheitswesen und die Demographie in Balance bleiben. Alle diese Bereiche werden durch Migration beeinflusst und für all diese Bereiche bestehen dadurch Chancen und Risiken“, betont Mag. Peter Webinger, Sektionsleiter-Stellvertreter und Leiter der Gruppe III/B (Asyl, Migration und Menschenrechte) im Bundesministerium für Inneres.

Der Bericht des Migrationsrats ist eine Grundlage für die Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Migrationsstrategie, wie sie im aktuellen Arbeitsprogramm der Bundesregierung vorgesehen ist. Beabsichtigt ist eine breite Mitwirkung sämtlicher Entscheidungsträger im Bereich der Migration (Institutionen auf allen Gebietskörperschaftsebenen, Sozialpartner, Zivilgesellschaft).

Prof. Paul Lendvai, Leiter des „Migrationsrates für Österreich“, übergab den Bericht am 7. Dezember 2016 an Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka.

FOTO // BMI/Gerd Pachauer

Die Hauptaussagen des Migrationsberichts (in Auszügen)

- Um in Österreich den sozialen Frieden langfristig aufrechtzuerhalten, ist es Grundvoraussetzung, dass staatliche und gesellschaftliche Systeme wie Bildung, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Gesundheit oder Sicherheit in Balance bleiben.
- Der gesamtstaatliche Charakter der Migrations- und Asylpolitik erfordert die Zusammenarbeit aller relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure.
- Die Wirtschaft benötigt gezielte und gesteuerte Zuwanderung von qualifizierten, erwerbstätigen Menschen.
- Auch wenn die Gesellschaft demographisch altert, soll Migration nicht den gesamten Arbeitskräfterückgang ausgleichen.
- Migrationspolitische Leitlinien für Österreich und Europa benötigen den Rückhalt in der Bevölkerung. Akzeptanz ist in einer Demokratie unerlässlich.
- Offene Binnengrenzen benötigen gesicherte Außengrenzen: Supranationalisierung des Außengrenzschutzes durch eine unmittelbare EU-Grenzsicherung.
- Ein neues europäisches Schutzsystem sollte besonders Schutzbedürftigen legale Einreisemöglichkeiten bieten,
- Der gesellschaftliche Beitrag von Asylwerbern und -berechtigten (ehrenamtliche Tätigkeit) ist zu fördern.
- Österreichs Investitionen in Bildung und Ausbildung ausländischer Studierender in Österreich sollen sich – auch für Österreich – langfristig rechnen.
- Eine effektive, glaubwürdige Asylpolitik braucht ein neues europäisches/multilaterales Rückführungssystem.

Mehr Infos unter www.bmi.gv.at/

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR INNERES

Die Moosburger Photovoltaik-Profis: Herbert Jäger, Roland Uhr, Jürgen Freithofnig, Walter Pickl und Karl Heinz Knees.

Foto: © F.E.E. Future Energy Engineering e.U.

MOOSBURG SETZT AUF PHOTOVOLTAIK IM GROSSEN STIL

„100 TAGE – 100 DÄCHER“

Die e5-Gemeinde Moosburg in Kärnten setzt seit Anfang 2016 ganz auf Strom von der Sonne. Das verringert nicht nur den CO2-Austoß. Leistbare Photovoltaik-Anlagen helfen, eine möglichst unabhängige Stromversorgung aufzubauen.

Eine Photovoltaik-Anlage war Moosburg nicht genug: Angelehnt an das äußerst erfolgreiche Projekt der Vorarlberger e5-Gemeinde Zwischenwasser entstand die „100 Tage – 100 Dächer“-Aktion in Moosburg. Die Strategie „Alles aus einer Hand“ machte es Bürgerinnen und Bürgern besonders einfach, eine Photovoltaik-Anlage zu erwerben. Sie mussten sich lediglich anmelden, den Rest erledigte das Projektteam – von der Beratung und Angebotseinholung über die Bauanzeige bis zur Errichtung und Förderabrechnung. Es wurden ausschließlich heimische Produkte verwendet und ortsansässige Unternehmen mit der Installation der Anlagen beauftragt. Regionale Banken unterstützten die Finanzierung.

Der Erfolg kann sich sehen lassen: Im Mai 2016 wurde die erste Anlage errichtet, bis Oktober gingen insgesamt 130 Anmeldungen ein. Der CO_2-Ausstoß wurde bereits um 192,4 Tonnen pro Jahr reduziert, zugleich wirkt sich das Projekt positiv auf die regionale Wertschöpfung aus. Moosburg ist seit 2012 Teil des e5-Programms für energieeffiziente Gemeinden und bekam 2014 ihr viertes „e“ verliehen. Wollen auch Sie nachhaltige Projekte in Ihrer Gemeinde umsetzen und Teil des e5-Programms werden? Ausführliche Informationen finden Sie auf **www.klimaaktiv.at/gemeinden**

klimaaktiv-Empfehlungen für PV-Anlagen

Sie planen eine PV-Anlage? Der Photovoltaik-Rechner hilft, die Wirtschaftlichkeit bei Neubau und Sanierung abzuschätzen: **www.klimaaktiv.at/pv-rechner**

Bei der Installation neuer Heizsysteme empfiehlt klimaaktiv, die Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW), die Kombination mit einer thermischen Solar- oder einer Photovoltaik-Anlage. Vor allem in der Übergangszeit verringert eine Photovoltaik-Anlage bei Wärmepumpen die CO_2-Belastung und kann bei Produktionsüberschüssen im Sommer auch für die Warmwasserbereitung verwendet werden. Wärmepumpen können in Verbindung mit Speichern so gesteuert werden, dass sie selbst produzierten Photovoltaik-Strom oder erneuerbaren Strom aus dem Netz optimal nutzen. Energieversorger bieten dafür bereits günstigere Tarife. Wärmepumpen mit dem Zeichen „Smart Grid Ready“ sind auf diese Anforderungen vorbereitet.

Mehr zu den klimaaktiv-Heizsystemen und der Eignung verschiedener Heizungen je nach Gebäudetyp auf **www.klimaaktiv.at/heizsysteme**

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

CHEMIKALIEN

SIND SIE VON REACH 2018 BETROFFEN?

Wenn Sie chemische Stoffe in einer Menge von einer Tonne oder mehr pro Jahr herstellen oder importieren, müssen Sie diese gemäß den EU-Rechtsvorschriften für Chemikalien registrieren lassen. Dies wird durch die europäische REACH-Verordnung festgeschrieben. „REACH" ist eine Abkürzung englischer Begriffe, die für Registrierung (Registration), Bewertung (Evaluation), Zulassung (Authorisation) und Beschränkung (Restriction) von Chemikalien steht.

Für die Registrierung von weniger gefährlichen Stoffen, die in kleineren Mengen zwischen einer und maximal 100 Tonnen pro Jahr hergestellt oder eingeführt werden, gilt noch eine Übergangsfrist bis 31. Mai 2018, falls diese Stoffe rechtzeitig vorregistriert wurden. Die Frist für die Vorregistrierung ist Ende 2008 abgelaufen. Nur für Stoffe, die erst nach diesem Zeitpunkt hergestellt oder eingeführt bzw. zur Herstellung eines Erzeugnisses verwendet wurden, ist eine Vorregistrierung noch bis zum 31. Mai 2017 möglich.

Achten Sie auch darauf, dass die Chemikalien korrekt eingestuft, gekennzeichnet und verpackt sind. Hier gelten die europaweit verbindlichen Vorgaben der CLP-Verordnung (Classification, Labelling and Packaging). Diese Vorgaben erhöhen die Sicherheit, leisten einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz und erleichtern zudem den internationalen Handel. Die Einhaltung dieser weltweit gültigen Regeln stärkt auch das öffentliche Vertrauen in die sichere Anwendung von Chemikalien.

Österreichischer REACH-Helpdesk
www.reachhelpdesk.at/

REACH–Helpdesk

Bei Fragen kontaktieren Sie uns
office@reach-helpdesk.at
oder
Telefon: +43 1 3100472

BEST OF AUSTRIA:
CHRISTIAN MACHT ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT GROSS UND STARK.

Christian Leeb ist als Geschäftsführer der Salzburg Milch GmbH für die Erzeugung und den erfolgreichen Vertrieb von Milch- und Käseprodukten bis nach China verantwortlich. Er und sein Team haben dazu beigetragen, dass sich seit 2002 das Exportvolumen bei Milchprodukten mehr als verdoppelt und seit dem EU-Beitritt fast verzehnfacht hat. So wurden von Jänner bis September 2015 um rund 350 Mio. Euro mehr Milchprodukte exportiert als importiert, die Exportquote von Käse, Joghurt & Co auf über 50 % gesteigert und damit ein bedeutender Beitrag zur Wertschöpfung und zur Absicherung der Milcherzeugerpreise für die heimischen Milchbauern und Milchbäuerinnen geleistet.

Wie grüne Innovationen aus Österreich den Weltmarkt erobern und so für mehr Arbeitsplätze im Land sorgen, erfahren Sie auf **bestofaustria.at**

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

GESTALTEN & ARBEITEN

WANDERWEGE
Wesentlich sind Erhaltung und Beschilderung
Seite 35

BESCHAFFUNG
Ein heikles Thema leicht gemacht
Seite 42

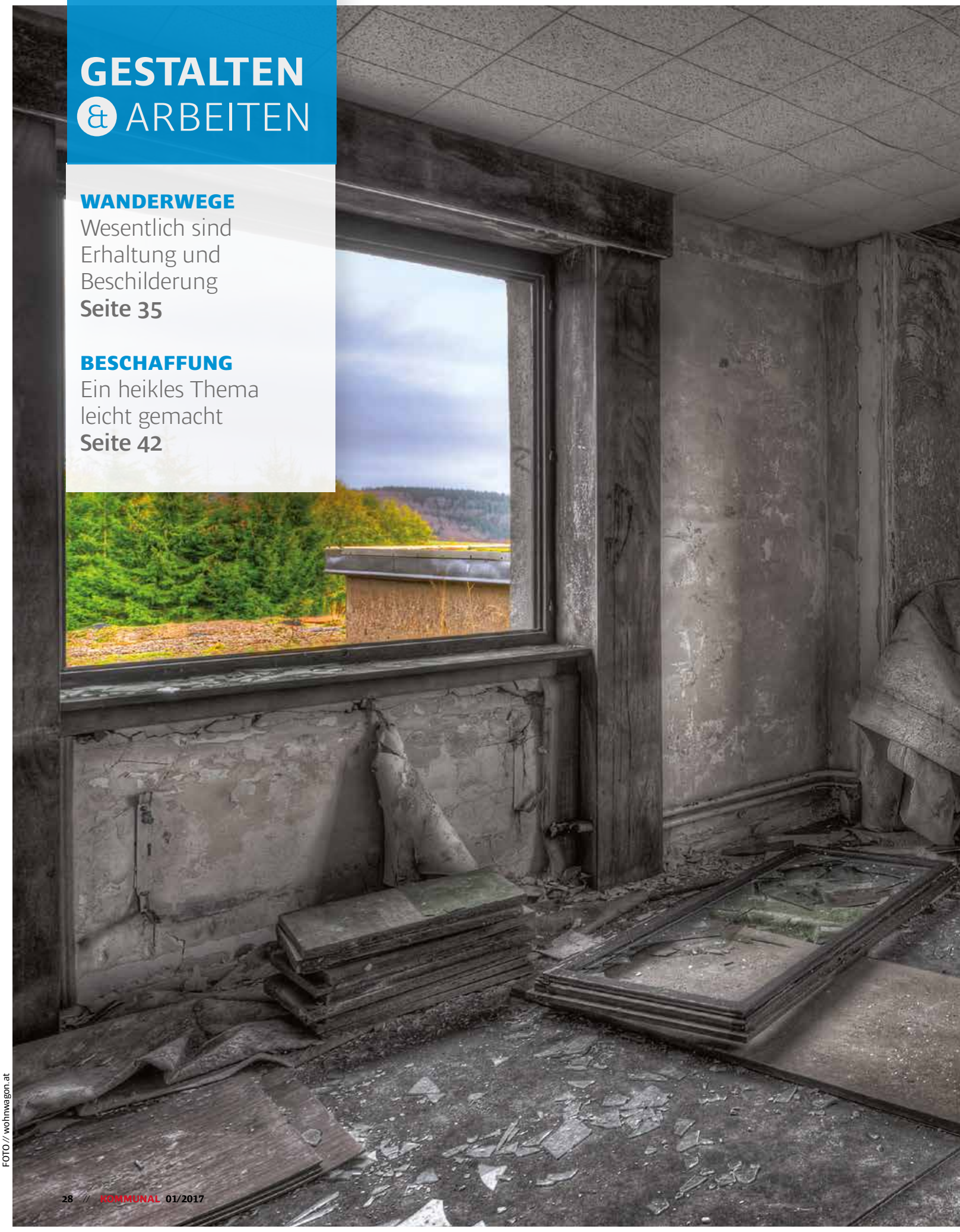


FOTO // wohnwagon.at

GEMEINDEN ZWISCHEN LEERSTAND UND TOURISMUS

CHANCE FÜR DEN NEUBEGINN

Die Schneefallgrenze steigt, der Wintertourismus ist dahin! Und der Klimawandel ist an allem schuld! Aber die Fragen, ob das wirklich die Gründe für einen möglichen Niedergang des kommunalen Tourismus sind und vor allem, ob die Gemeinden wirklich so gar nichts dagegen tun können, sind noch wenig diskutiert.

TEXT / Hans Braun

Leerstände in Österreichs Gemeinden sind ein bekanntes Thema, das den Gemeinden zu schaffen macht. Wenn nicht nur die Wohnhäuser, sondern auch Pensionen und Gasthäuser veröden, gilt für die Gemeinden Alarmstufe Rot. Denn wenn es erst soweit ist, wurden meist auch die ersten Anzeichen oder frühen Warnsignale dieser Entwicklung übersehen – um nicht zu sagen, verschlafen. Dann stellt sich nicht nur die Frage, wie man „in letzter Sekunde“ noch was ändern kann. Und wenn man sich eingestehen muss, dass die letzte Sekunde schon verstrichen ist, stellt sich nur mehr die Frage, was zu retten ist.

Die 5. Leerstandskonferenz Mitte Oktober widmete sich dieser Frage unter dem Motto „Tourismus und Leerstand“. Allein die Formulierung „sich widmen“ bedeutet auch das Überprüfen liebgewonnener (Selbst-)Zuschreibungen und Klischees wie „Tourismusland Österreich mit traumhafter Landschaft, weißen Pisten, wunderschönen und gepflegten Kleinstädten und Dörfern, vollen Gasthäusern, ausgebuchten Pensionen und Hotels und so weiter.“

Die Konferenz hatte sich Gemeinden, die Tourismusorte heißen, sich aber jenseits der städtischen Hochkultur und der alpinen – aber nicht nur diesen – Tourismus-Hotspots befinden, im Fokus. Die Landschaft ist ja nach wie vor traumhaft – auch wenn viel zu viel davon täglich zubetoniert und versiegelt wird. Aber vielen kleinen Tourismusgemeinden und -betrieben machen die ansteigenden Schneefallgrenzen, billige Pauschal(fern)reisen, aber auch das Wegziehen der vor allem jüngeren Bevölkerung zu schaffen. Nicht nur die Nächtigungszahlen nehmen an vielen Orten ab, auch die Identifikation der eigenen Bevölkerung mit der Gemeinde schwindet. Ländliche Kommunen müssen sich etwas einfallen lassen, um über die Nachbargemeinden hinaus für mehr bekannt zu sein als für leerstehende Gasthäuser, stillstehende Lifte und eine verödete Ortsmitte.

Was können sie tun? Wie können in die Jahre gekommene oder nicht mehr genutzte Liftanlagen, Skipisten, Bäder und Thermen (kreativ) nachgenutzt werden? Wie kann die Identität von Ortskernen und Ortsplätzen für die Wohnbevölkerung wieder attraktiv gemacht werden? Welche Projekte jenseits der Routine (Wanderroute, Gaststube, Pensionsbett) locken Menschen in totgesagte Tourismusgemeinden?

DIE LEERSTANDS-KONFERENZ

Das Architekturbüro nonconfom veranstaltete bereits zum fünften Mal die Leerstandskonferenz. Diese Veranstaltungsreihe setzt sich in Vorträgen und unterschiedlichen Diskussionsformaten mit erfolgreichen Strategien gegen Leerstand und Ausdünnung kommunaler Zentren auseinander. Fachvorträge und Diskussionsrunden mit Experten und Expertinnen aus den Bereichen Architektur, Tourismus und Klimaforschung ergänzen das Know-how aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung.
Mehr auf **www.leerstandskonferenz.at**

Lösungen müssen oder können nur individuell sein. Sehr rasch war klar, dass man bei dieser Thematik nicht alle über einen Kamm scheren kann. Das ist im Übrigen etwas, was man bei den 2100 Gemeinden Österreichs generell nicht machen sollte. Zu groß sind die – nicht nur regional bedingten – Unterschiede zwischen den Kommunen. Was für eine Bregenzerwälder-Gemeinde passt, lässt sich nicht ohne weiteres für eine Gemeinde des oberen Mürztales oder einer Grenzgemeinde an der Thaya umlegen. Das betrifft ganz besonders den Tourismus. Aber dennoch gab es einige allgemeingültige Punkte, an denen sich ein Handlungsstrang aufbauen ließe.

- Leerstände stehen meist am Ende des Lebenszyklus eines Tourismusbetriebs – oder gar eines ganzen Ortes.
- Mit Leerständen müssen nicht nur negative Assoziationen verknüpft sein, sie können als Chance betrachtet werden, als günstige Gelegenheit, um mit dem Alten abzuschließen und sich dem Neuen zuzuwenden. In diesem Sinn wären Leerstände ungenutzte Potenziale.
- Nach einer Analyse (der Ursachen und des Umfeldes) der Leerstände kann es zu dem Schluss kommen, dass ein Rückbau der touristischen Nutzung Sinn macht. Eine Umnutzung oder ein Auflassen des Standorts könnte möglicherweise zielführender sein als das krampfhafte Festhalten am einmal Gewesenen.
- Bei länger dauernden Leerständen bieten Zwischennutzungen wie Kunstprojekte oder Non-Profit-Initiativen einen bewährten Ansatz, um die Zeitspanne bis zur definitiven

1 **Am Beispiel des modernen Konzerthauses in Blaibach wird ersichtlich, wie sehr Architektur zum Publikumsmagneten werden kann .**

2 **Touristische Angebote neu erfunden sind Wege, wie sie die „art-lodge" auf der Kärntner Nockalm beschreitet.**

Entscheidung über die Nachnutzung auszufüllen.

- Damit Leitinvestitionen ihre Wirkung entfalten und Folgeinvestitionen nach sich ziehen können, müssen Voraussetzungen wie der Mut und die Bereitschaft der Menschen vor Ort, den Ball aufzunehmen, Projekte zu entwickeln und Folgeinvestitionen zu tätigen, gegeben sein.
- Eine Gestaltung öffentlicher Räume mit dem Ziel, das innerörtliche Leben zu fördern, leistet einen wertvollen Beitrag zur Verhinderung von Leerständen bzw. zu ihrer Wiederbesiedlung. Infolge dessen ist davon auszugehen, dass attraktive öffentliche Räume interessierte und kontaktfreudige Menschen –insbesondere die Jugend! – in das Ortszentrum „zurückholen".
- Rechtliche Rahmenbedingungen (Baurecht, Gewerberecht etc.) sind bei Altbauten häufig eine große, mitunter sogar unüberwindliche Hürde für die touristische Nutzungen von Leerständen.

Was die Leerstandskonferenz darüber hinaus wertvoll machte, sind die Praxisbeispiele, anhand derer diskutiert wurde. Zur Sprache kamen u. a. die Grätzlhotels in Wien (graetzlhotel.com), Urlaub am Bahnhof in Wienerbruck (urlaubambahnhof.at), der Mesnerhof in Steinberg am Rofan (mesnerhof-c.at), die Art Lodge in Verditz (art-lodge.com) und Amavido, eine Initiative zur touristischen Belebung süditalienischer Dörfer (amavido.de). In Kürze wird auch eine Zusammenfassung der Leerstandskonferenz in Buchform erscheinen.

„Leerstände können als Chance betrachtet werden, mit Altem abzuschließen und sich dem Neuen zuzuwenden."

Therapie für leere Betten? Was die „Kehrseite" betrifft, reicht es, den Kommentar „Therapie für leere Betten" von Leonhard Müller auf der Website „Architektur Steiermark" (www.gat.st) zu zitieren: „Doch muss man frisches Blut in totes Gewebe pumpen? Sind Abwanderung und Dorfsterben nicht auch Ausdruck einer am Land unterforderten Gesellschaft, die sich von Provinzialität und Autoabhängigkeit lösen wollen?" Der niederösterreichische Regionenentwickler Wolfgang Alfons betont, dass die Finanzierung des zweiten, dritten Pkw pro Haushalt nicht nur die Atmosphäre vergiftet, sondern auch nach Jahrzehnten die Ersparnisse billiger Grundstückskäufe relativiert. Zu viel Tourismus wie in Dürnstein vertreibt und verärgert die BewohnerInnen. Der Fließer Bürgermeister Hans-Peter Bock sekundiert dem niederösterreichischen Beispiel mit der „Ischgler Dystopie" (eine Dystopie entwirft ein zukunftspessimistisches Szenario von einer Gesellschaft, Anm. d. Red.), in der 1500 Gemeindemitglieder 15.000 Betten richten. Und dann kommt da noch die Bauwut dazu.

Der deutsche Autor Daniel Fuhrhop betont, dass es einen Konkurrenzkampf zwischen Bestand und Neubau gäbe. In seinem Buch „Verbietet das Bauen" führt er an, dass alle Bestrebungen, Leerstand und Altbestand wieder beleben zu wollen, unfruchtbar bleiben werden,

„Bauen verboten!". Der radikale Ansatz des deutschen Autors Daniel Fuhrop führt vermutlich etwas zu weit, der Ansatz ist aber zur Bekämpfung von Leerstand nicht ganz von der Hand zu weisen. Zumindest solange es Leerstände in einer Gemeinde gibt.

FOTOS // art-lodge // NAARO // wohnwagon // Stixenberger

Der Erfolg gibt oft Recht, wie das Beispiel Waidhofen an der Ybbs aufzeigt.

wenn man nicht aufhöre, neu zu bauen, wie wir das bisher getan haben. Er zitiert den Rat der Gemeinde Hiddenhausen im Westfälischen Kreis Herford, der mit dem Projekt Jung kauft Alt Förderzuschüsse und Informationskampagnen lostrat und somit als Leuchtturmprojekt für 50 andere Gemeinen diente, die wieder erblühen durften (www2.hiddenhausen.de/Hiddenhausen/Wohnen/Jung-kauft-Alt).

An die positiven Aspekte des „sich neu Erfindens" denken. Wenn sich alle Rahmenbedingungen ändern, ist es also nicht wirklich zielführend, an alten Strategien festzuhalten, wie ein Interview mit Michael Gruber, Bürgermeister von St. Corona, zeigt. Auf die Frage, was St. Corona mit Tourismus zu tun hat, antwortete Gruber: „ Entstanden ist St. Corona aus ein paar Bauernhöfen. Die Ursprünge des Fremdenverkehrs liegen im Wallfahrtstourismus, der sich ab Anfang des 20. Jahrhunderts stark etabliert hatte. Jeder Bauernhof hat Zimmer an Gäste vermietet. Später entwickelten sich aus diesen Höfen oftmals Gastwirtschaften oder Hotels. So ist St. Corona gewachsen, vor allem zu Zeiten der Sommerfrische. Parallel mit ihrem Niedergang folgte für einige Jahrzehnte ein sehr umsatzstarker Wintertourismus."

Angesprochen darauf, dass er vom Wintertourismus in der Vergangenheit sprach, entgegnete er: „Die Einstellung der Sessellifte hat nur etwas gezeigt, was wir eigentlich hätten vorher wissen müssen: Mit den Klimaveränderungen verändert sich der Tourismus in St. Corona. Inzwischen ist der Anteil des Wintertourismus am Jahresumsatz nur mehr 30 bis 40 Prozent."

Wirklich spannend ist Grubers Antwort auf die Frage, welche Alternativen St. Corona gefunden hat und wie sich der Ort nach dem „Niedergang" des Wintertourismus präsentiert. Gruber: „Ich bezeichne uns noch immer als Tourismusort. Die Übernachtungszahlen haben sich zwar deutlich reduziert, aber die Gründe, warum unsere Gäste zu uns kommen, werden noch lange bestehen: besondere Landschaft, Natur, Ruhe. Sich allein darauf zu verlassen wäre naiv, aber es ist eine prima Grundlage, die ich auch persönlich genieße. Wir setzen seit zwei Jahren ein Gesamtkonzept für Familienurlaube um: die „Famlienarena" mit Sommerrodelbahn, Motorikpark und vielen liebevollen Entdeckungsmöglichkeiten. In Kürze eröffnet die Wechsel Lounge, die das Zentrum des Ganzen sein wird. Die Angebote werden immer wieder adaptiert und kleine Events durchgeführt. Wir müssen am Ball bleiben, um im Gespräch zu bleiben. Bei alledem dürfen wir unsere Bewohner auch nicht vergessen. Wenn die sich nicht mehr mit St. Corona identifizieren, ziehen sie weg. In der Ortsmitte stehen viele Häuser leer, vor allem Gasthäuser! Hier muss sich auch etwas verändern. St. Corona für die Bewohner weiter zu entwickeln ist ebenso wichtig wie die Angebote für unsere Gäste."

> „Für viele Gemeinden ist Leerstand **eine Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte**."

Das Gespräch mit Michael Gruber führte Anne Krämer, Projektleiterin der Leerstandskonferenz, auf der Konferenz Mitte September. Ihr Fazit: „Die Rahmenbedingungen für Tourismusregionen haben sich geändert. Für viele Gemeinden ist Leerstand eine Aufgabe für die nächsten Jahrzehnte. Das Gespür für Gastlichkeit geht aber nicht von heute auf morgen verloren. Viele Projekte, die in St. Corona vorgestellt werden, zeigen, wie dieses Gespür mit Grips und der Bereitschaft zu Neuem wieder geweckt wird."

KURZER WEG UND LANGES LEBEN

„BETON AUS DER REGION“

Die Betonfertigteilbranche zeigt Bewusstsein für die Wichtigkeit regionaler Fertigung.

Die Rentabilität von Investitionen in den Massivbau ist nicht von der Hand zu weisen. Jeder eingesetzte Euro löst regionale Folgeinvestitionen von 3,15 Euro aus. Ein Effekt, der sich insbesondere abseits der Ballungsräume entfaltet.

„Durch die regionale Produktion werden Arbeitsplätze gesichert und Steuern und Abgaben bleiben im heimischen Wirtschaftskreislauf.“ VÖB-Geschäftsführer Gernot Brandweiner.

Österreich gehört als klassisches Exportland mit unzähligen Zulieferern und hochspezialisierten Technologiebetrieben zweifelsohne zu den Profiteuren der europäischen Wirtschaftsunion und einer globalisierten Welt. Im langen Schatten eines ereignisreichen Jahres, das nicht zuletzt für seine politischen Verschiebungen in Erinnerung bleiben wird, werden manche Themen drängender denn je: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Lohnniveau sowie Umwelt- und Sozialstandards. Das Stichwort „Regionalität“ ist in diesem Zusammenhang viel mehr als ein Marketing-Slogan.

In der Baubranche besteht die Aufgabe der Politik in der Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Standortes und des regionalen Wirtschaftsraumes, etwa durch Aufträge aus öffentlicher Hand. Die Herausforderung für die Privatwirtschaft besteht im kontinuierlichen Ausbau neuer, innovativer und verantwortungsvoller Produkte.

„Ein Teil von uns“ – Das Gütesiegel als Garant für die Produktion in der Region. Die Rentabilität von Investitionen in den Massivbau ist nicht von der Hand zu weisen. Jeder eingesetzte Euro löst regionale Folgeinvestitionen von 3,15 Euro aus. Ein Effekt, der sich insbesondere abseits der Ballungsräume entfaltet. Der Verband der Österreichischen Beton- und Fertigteilwerke (VÖB) trägt dieser großen beidseitigen Verantwortung Rechnung und hat 2015 das Gütesiegel „Beton aus der Region – ein Teil von uns“ initiiert. Ziel der Kennzeichnung ist es, den Konsumenten und den Entscheidern in den Gemeinden die regionale Herkunft des Beton-Fertigteilproduktes auf einen Blick kenntlich zu machen. Das Gütesiegel zeigt, dass die Produkte in Österreich unter Einhaltung aller in Österreich gültigen Gesetze und Normen gefertigt worden sind. Die Vorteile, so VÖB-Geschäftsführer Gernot Brandweiner, liegen auf der Hand: „Alle am Bau Beteiligten, bis hin zu den Endnutzern, profitieren von der hohen Qualität der begleitenden Betreuung am Bau und natürlich auch von der Ausführung der Produkte in österreichischer Qualität und auf dem hiesigen Stand der Technik. Durch die regionale Produktion werden Arbeitsplätze gesichert und Steuern und Abgaben bleiben im heimischen Wirtschaftskreislauf.“

Nicht zuletzt gewinnen auch die Fertigteilhersteller selbst. In Zeiten erhöhten Umweltbewusstseins und strenger ökologischer und sozialpolitischer Auflagen für Baustoffe setzt die Initiative auch die öffentliche Hand unter Druck. Ziel ist es, Faktoren wie Beschäftigungseffekte, Langlebigkeit, Wertschöpfung und Transportwege genauer als bisher zu evaluieren und in die Bewertung der Baustoffe bei Auftragsvergaben einfließen zu lassen.

MEHR INFOS
Verband Österreichischer Beton- und Fertigteilwerke
Gablenzgasse 3/5
1150 Wien
Tel.: 01/4034800-0
Fax: 01/4034800-19
Mail: **office@voeb.co.at**
Web: **www.voeb.com**

BETON aus der REGION
EIN TEIL VON UNS

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

RECYCLING-BAUSTOFFVERORDNUNG

FINANZIELLER RISIKOFAKTOR **SCHLACKE**

Die Recycling-Baustoffverordnung wurde weniger als ein Jahr nach ihrem Inkrafttreten in ganz wesentlichen Teilen novelliert (BGBl II 290/2016).

Im Windschatten dieser von den Kommunen getragenen Anpassung, die bestimmte „Vereinfachungen" des Recyclings gewährleisten sollte, wurden aber auch die Einsatzmöglichkeiten für Stahlwerksschlacken erweitert. Für die Gemeinden ist Vorsicht angesagt: Der Risikofaktor Schlacke kann relativ schnell zur finanziellen Stolperfalle werden!

Der Einsatz von Hochofen-, LD- oder Elektroofenschlacke im Straßenbau kann aufgrund einer vereinfachten wirtschaftlichen Betrachtung vordergründig als günstigste Variante erscheinen. Dabei werden allerdings fünf Risikofaktoren in Kauf genommen, die langfristig das Gemeindebudget erheblich belasten können.

Risikofaktor 1: Ein Drittel höhere Transportkosten

Das spezifische Gewicht von Schlacke ist um rund ein Drittel höher als jenes von Naturgestein. Dieselbe Baustelle wird also auch rund ein Drittel mehr Lkw-Fahrten verursachen.

Risikofaktor 2: Komplexer Einsatz von Abfällen

Für LD- und EO-Schlacke ist nach wie vor umstritten, ob diese nun als Abfall oder Nebenprodukt einzustufen sind. Das Umweltministerium geht eindeutig von einer Abfalleigenschaft der Schlacke aus.

Der Verwaltungsgerichtshof hat dazu bislang nur Formalentscheidungen (Aufhebungen wegen wesentlicher Verfahrensfehler) getroffen. Das Einstufungs- und AlSAG-Risiko verbleibt damit allein bei der Gemeinde als Bauherr.

Risikofaktor 3: Erfordernis einer punktgenauen Schlacke-Einsatzgenehmigung

Soll nun aber Schlacke als Abfall als „Baustoff" verwendet werden, müssen dafür explizite Genehmigungen vorliegen. Diese müssen nicht nur den Bau der Straße, sondern die Durchführung der Baumaßnahme mit der im Detail spezifizierten Schlacke umfassen. Fehler in der Genehmigung – egal ob der Bescheid zu allgemein gehalten ist oder überhaupt einzelne Bewilligungen „übersehen" werden – können spätestens in Sachen AlSAG teuer werden!

Risikofaktor 4: Massiv erhöhte Entsorgungskosten

Wenn nun einmal Schlacke in der Straße liegt, wird jede Sanierung teuer! Schlackenhaltiger Ausbauasphalt ist aufgrund seiner hohen Schwermetallgehalte nämlich zu belastet, um in der ungebundenen Tragschicht eingesetzt werden zu können. Da aber auch die Asphaltmischanlagen nur zu rund 20 Prozent Schlacke einsetzen können, muss der Rest teuer auf der Deponie

FOTO // Bilderbox

MEHR INFOS
Wissen Sie, dass ...
- ... jede Österreicherin und jeder Österreicher rund 12 Tonnen mineralische Rohstoffe pro Jahr bzw. 33 kg pro Tag benötigt!
- ... ein durchschnittliches Einfamilienhaus rund 440 Tonnen mineralische Rohstoffe benötigt!
- ... mineralische Rohstoffe durchschnittlich nicht weiter als 25 km bis zum Endverbraucher transportiert werden!
- ... Steinbrüche, Sand- und Kiesgruben wertvolle Lebensräume für bedrohte Tier- und Pflanzenarten bieten!

Mehr auf
www.forumrohstoffe.at

entsorgt werden. Und wieder werden die Kosten von der Gemeinde zu tragen sein!

Risikofaktor 5: AlSAG-Nachforderungen

Die Bundesregierung beabsichtigt gerade, die AlSAG-Befreiungstatbestände für Schlacke auszuweiten. All dies ändert aber nichts daran, dass eine AlSAG-Befreiung nur unter ganz engen Rahmenbedingungen zulässig ist: Zulässiger Einsatz (also unter Vorliegen aller detaillierter Genehmigungen), Qualitätssicherung, Einsatz im unbedingt erforderlichen Ausmaß. Wird eine dieser Rahmenbedingungen übersehen, kann sich die Gemeinde mit etwaigen AlSAG-Nachforderungen der Zollämter auseinandersetzen.

Risikovermeidung: Ausschluss von Schlacken im Straßenbau

- Auch wenn die Recycling-Baustoffverordnung einen Einsatz von Stahlwerksschlacke im Straßenbau zulässt, sind den Gemeinden nicht die Hände gebunden.
- Ein Gutachten des Instituts für Österreichisches und Europäisches Öffentliches Recht der Wirtschaftsuniversität Wien stellt klar: Der Gemeinde kommt als öffentlichem Auftraggeber die Möglichkeit zu, den Einsatz von Schlacken auszuschließen.
- Sie kann sich dabei im Rahmen ihres Entscheidungsspielraums auf maßgebliche Umweltaspekte (geringere Schadstoffbelastung, geringere Transporthäufigkeit, bessere Wiederverwertbarkeit), aber auch auf das mit einem Schlackeneinsatz verbundene Genehmigungsrisiko stützen.

MEHR INFOS
Forum mineralische Rohstoffe
Mag. iur. Robert Wasserbacher
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
Tel.: 05 90 900 3534
info@ForumRohstoffe.at
www.ForumRohstoffe.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INNOVATIVE KOMMUNIKATION IN DER STADT HORN

PERFEKTE HARMONIE VON KULTUR UND TECHNOLOGIE

Die Stadt Horn im Waldviertel zeigt: Vergangenheit und Zukunft müssen keine Gegensätze sein.

Das regionale Zentrum für Kultur und moderne Technologie beweist, dass Geschichte und Innovation vereinbar sind – man muss bloß wissen wie. Moderne Technologie kommt zum Einsatz, um eine sichere und qualitativ hochwertige Kommunikation zwischen den Mitarbeitern der Stadt zu gewährleisten. Dazu setzt Horn auf die Dienste von T-Mobile. Die Stadt nutzt die Festnetz-Lösung „All in Communication" und zusätzlich kommt auch eine M2M-Lösung des Technologiepartners zum Einsatz, um die Pumpwerke der Kläranlage der Stadt permanent zu überwachen.

Innovative Lösungen von T-Mobile. In puncto Kommunikation wird in Horn mit der Festnetz-Lösung „All in Communication" auf innovative Konzepte gesetzt – perfekt angepasst an die individuellen Anforderungen. „Grundlegendes Medium für unsere Kommunikation ist das Mobiltelefon, da viele Mitarbeiter im Außendienst tätig sind und ständig erreichbar sein müssen", erklärt Dr. Matthias Pithan, Stadtamtsdirektor der Stadt Horn. Nach dem Rathaus und dem Kunsthaus wird die Lösung nun in immer mehr öffentlichen Einrichtungen, wie etwa dem Kindergarten oder den Museen, genutzt – somit werden alle Außenstellen mit einer gemeinsamen Telefonanlage vernetzt. „Es war in den Kindergärten und Schulen immer ein Thema, dass die zuvor verwendeten Schnurlostelefone nur eine begrenzte Reichweite hatten. Das ist jetzt kein Problem mehr, und mit den Mobiltelefonen sind die Pädagoginnen bzw. Betreuerinnen auch bei Ausflügen mit den Kindern erreichbar", sagt Dr. Pithan. Die Stadt setzt zudem bei der Wasseraufbereitung auf eine M2M-Lösung von T-Mobile, um das hohe Servicelevel aufrechterhalten zu können.

Die „All in Communication" Losung von T-Mobile bietet ausgewählte Annehmlichkeiten der Mobil- und Festnetztelefonie durch die Erreichbarkeit unter einer zentralen Nummer auf allen Geräten. Ein weiterer bequemer Aspekt – Telefonate innerhalb des Netzwerks sind durch den VPN-Tarif kostenlos. Für die Stadt Horn erweist sich zudem die Möglichkeit der selbstständigen Verwaltung ihrer Telefonlage als sehr vorteilhaft, welche sich durch das neuartige Konzept der innovativen Telekommunikationslösung ergeben hat. Dr. Matthias Pithan schätzt zudem sehr die kompetente Unterstützung der Mitarbeiter von T-Mobile. „Wir sind mit dem Kundenservice sehr zufrieden, unsere Ansprechpartner sind immer für uns erreichbar und bemüht, rasch Lösungen zu finden", so der Stadtamtsdirektor.

Horn nutzt die Festnetz-Lösung „All In Communication" und zusätzlich kommt auch eine M2M-Lösung des Technologiepartners zum Einsatz, um die Pumpwerke der Kläranlage der Stadt permanent zu überwachen.

MEHR INFOS
Erfahren Sie, wie T-Mobile auch Ihr Unternehmen dabei unterstützen kann, noch erfolgreicher zu werden.
Vereinbaren Sie noch heute ein persönliches Beratungsgespräch unter
0676 2033203 oder auf
business.t-mobile.at/aic

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ERNEUERBARE ENERGIEN

BRÜCKENTECHNOLOGIE ERDGAS

Viele Milliarden Kubikmeter Erdgas fließen pro Jahr nahezu unbemerkt durch die österreichischen Netze. Erdgas leistet einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgungssicherheit und ist gleichzeitig idealer Partner für erneuerbare Energien. Als sogenannte Primärenergie kann es direkt ohne Umwandlung genutzt werden. Bei der Verbrennung von Erdgas entsteht wesentlich weniger CO_2 als bei herkömmlichen Energieträgern wie Kohle oder Öl und praktisch kein Feinstaub. Zum idealen Partner für Erneuerbare wird Erdgas, weil es immer verfügbar und – im Gegensatz zu Sonne und Wind – auch in großen Mengen problemlos speicherbar ist.

Gas Connect Austria betreibt in Österreich ein modernes und leistungsstarkes Erdgas-Hochdrucknetz und sorgt mit seiner langjährigen Erfahrung für dessen sicheren Betrieb. Als zentrale Drehscheibe im europäischen Erdgas-Netzwerk werden neben Österreich auch weite Teile Europas wie Deutschland, Frankreich, Slowenien, Kroatien und Ungarn versorgt.

Erdgastransport: umweltfreundlich und effizient

Das Pumpen von Erdgas durch Pipelines ist der effizienteste Weg, große Mengen an Energie zu transportieren. Der Erdgastransport durch das unterirdische Leitungsnetz erfolgt besonders umweltschonend. Gas Connect Austria setzt beim Betrieb und Ausbau seiner Erdgasinfrastruktur auf eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Grundeigentümern und Gemeinden. Damit kann auch in Zukunft die ausreichende Versorgung Österreichs und seiner Nachbarländer mit Erdgas sichergestellt werden.

KONTAKT
Gas Connect Austria GmbH
Floridotower
Floridsdorfer Hauptstraße 1
1210 Wien
www.gasconnect.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

In guten Händen - Verantwortung gegenüber der Natur. Fairness gegenüber den Menschen. Mit Weitblick in die Zukunft. Diese drei Werte bestimmen unser Handeln. Gas Connect Austria stellt ein modernes und leistungsfähiges Pipelinesystem bereit, über das schnell, sauber und umweltschonend Erdgas innerhalb Österreichs und nach Europa transportiert wird.

www.gasconnect.at

GAS CONNECT AUSTRIA

PHILIPS LIGHTING

WAS VERBINDET JAKARTA, BERGISCH GLADBACH & KNITTELFELD?

Philips Lighting gab kürzlich die Modernisierung der gesamten Straßenbeleuchtung in Jakarta bekannt. Aber nicht nur in Millionen-Metropolen, auch in kleineren Städten und Gemeinden schreitet die Entwicklung zur smarten Stadt kontinuierlich voran.

Mehr als 90.000 Straßenleuchten werden in Indonesiens Hauptstadt Jakarta in nur knapp sieben Monaten auf energieeffiziente LED-Beleuchtung und die Vernetzung mit dem Lichtmanagementsystem Philips CityTouch umgestellt. Die Installation in Jakarta ist zwar zurzeit eine der umfangreichsten Installationen weltweit, jedoch lässt sich die Technologie auch so skalieren, dass sie kleinen und mittleren Ballungsräumen erhebliche Vorteile bietet. Die Kombination von LED-Leuchten mit dem Philips CityTouch-Lichtmanagementsystem ermöglicht Energie- und Betriebskosteneinsparungen, bedarfsgerechte Lichtsteuerung und trägt zum Werterhalt der Anlage bei.

Vernetzte Stadt Bergisch Gladbach: Das größte City-Touch-Projekt Deutschlands entsteht derzeit im nordrhein-westfälischen Bergisch Gladbach. Die 110.000-Einwohner-Stadt östlich des Rheins stellt gerade ihre Straßenbeleuchtung komplett auf LED um und wird die Lichter der Stadt mit dem Telemanagementsystem CityTouch von Philips Lighting vernetzt managen.

> „Der virtuelle Stadtplan in der Philips City-Touch-Software ermöglicht **die Ansteuerung jedes einzelnen Lichtpunkts.“**

Bereits seit 12 Jahren hat die Stadtverwaltung die Modernisierung im Visier, konnte die Finanzierung aber bisher nicht durchsetzen. Ein neu überarbeitetes Konzept machte nun den Weg frei: Die Kommune verbessert nicht nur die Qualität der Beleuchtung, sondern reduziert vom ersten Tag an Kosten und den CO_2-Ausstoß.

Knittelfeld als Musterbeispiel für modernstes Lichtmanagement. Auch die steirische 12.600 Einwohner große Gemeinde Knittelfeld erleichtert sich das Licht-Management durch die vernetzte Steuerungslösung von Philips. Knittelfeld spart dabei nicht nur Energie, sondern erhöht gleichzeitig die Sicherheit für Verkehr und Öffentlichkeit. Der virtuelle Stadtplan in der Philips CityTouch-Software ermöglicht die Ansteuerung jedes einzelnen Lichtpunkts; diese werden übersichtlich dargestellt und können einfach bedient werden.

Licht wann und wo man will. Die veraltete Technik mit herkömmlichen Energiefressern an den Masten kann in vielen Punkten nicht mit den Errungenschaften der modernen LED-Beleuchtung mithalten. Neben Stromverbrauch reduzieren sich auch die Instandhaltungskosten deutlich. Möglich ist das durch die Vernetzung der Leuchten über das webbasierte Philips CityTouch-System mit seiner Workflow- und Connect-App, über die sämtliche lichtrele-vante Prozesse jederzeit einzusehen sind. Die Leuchten werden per Mausklick flexibel gesteuert, Entstörungen und Wartung sind einfach und schnell durchzuführen. Beispielsweise entfällt durch automatische Fehleranzeige zeitraubendes Suchen nach Störungsursachen. Betreiber und Stadtverwaltung können bequem zusammenarbeiten und für einen effektiven Betrieb und bedarfsorien-

FOTOS // Philips Lighting

In Jakarta passiert momentan die umfangreichste Installation der Welt: 90.000 Leuchten werden in knapp sieben Monaten errichtet und mit Philips City-Touch verknüpft.

Der virtuelle Stadtplan erlaubt es, alte und neue Leuchten anzusteuern, den Stromverbrauch und die Leistung jeder einzelnen Leuchte zu verfolgen und den Beleuchtungspegel nach Bedarf einzustellen.

Ein neu überarbeitetes Konzept ermöglichte in Bergisch Gladbach die Finanzierung der Beleuchtungsmodernisierung.

tierte Beleuchtung sorgen. Die Nutzerfreundlichkeit beginnt bereits bei der Inbetriebnahme der Anlage. Jede Leuchte installiert sich über eine eingebaute SIM-Karte automatisch selbst im System und auch alte Leuchten oder Leuchten anderer Hersteller können integriert werden.

All diese Vorteile kommen zu der enormen Energieersparnis hinzu, die den städtischen Haushalt entlastet und die Investitionskosten wieder wettmachen. Die Projektplaner gehen von einer Reduzierung des Stromverbrauchs um bis zu 75 Prozent aus – zum einen durch die Effizienz der Leuchtmittel, zum anderen durch intelligentes Dimmen für bedarfsgerechtes Beleuchten.

MEHR INFOS

Knittelfeld ist nur eine der vielen Gemeinden, die mit dem innovativen System „Philips CityTouch" auf effizientes, genaues und flexibles Management von Beleuchtungsanlagen setzen. Gleichzeitig werden Komfort und Sicherheit der Einwohner erhöht. Sehen Sie, was der Bürgermeister von Knittelfeld dazu sagt:

Weitere Infos auf
www.philips.at/citytouch

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

SCHIESSEL EDV

SEIT 30 JAHREN TOP IN DER IT-BRANCHE

Seit der Gründung 1986 hat sich das Unternehmen genauso gewandelt wie die IT-Branche. Die Firma Schiessel hat sich von Beginn an auf Reparatur und Service von Hardware spezialisiert, bald jedoch wurde die eigene Softwareentwicklung im Haus immer dominanter.

Heute bietet das Unternehmen mit Stammsitz in Wien mit einem kompetenten, jungen Team erstklassig ausgebildeter und in ihren Spezialgebieten laufend geschulter IT-Spezialisten verlässliche und sichere Unterstützung in den Bereichen Client-, Server- und Storagesysteme.

Fokus Nr. 2 des Angebots von Schiessel EDV liegt in innovativen Lösungen und speziellen webbasierten Softwareanwendungen für den Bildungsbereich. Mit der Software edwin schafft Schiessel EDV leicht zu implementierende Lösungen für alle Aufgaben im Bereich Bildungsverwaltung und Personalentwicklung bei öffentlichen wie privaten Bildungsträgern und Unternehmen.

Edwin 2.0 ist komplett plattform- und standortunabhängig und stellt eine innovative Lösung zur Ausbildungsverwaltung dar, welche ein perfektes Zusammenspiel zwischen Ausbildungsstätte, Schule, SchülerInnen und Eltern gewährleistet.

Seit dem 1. Jänner 2015 führen der Unternehmensgründer Ing. Johann Schiessel und Mag. Peter Niederleithner das Unternehmen gemeinsam. Angestrebtes Ziel ist es, die starke Position im regionalen und nationalen IT-Service zu manifestieren und weiter ausbauen.

Seit dem 1. Jänner 2015 führen der Unternehmensgründer Ing. Johann Schiessel und Mag. Peter Niederleithner das Unternehmen gemeinsam.

KONTAKT

Schiessel EDV Vertriebs GmbH
Nussdorfer Strasse 57
1090 Wien
Telefon: +43 1 3100 323
E-Mail:
sales@schiessel-edv.at
Web:
www.schiessel-edv.at

Sondertickets für Gemeinden: € 65,-*

Symposium Grabenlos 2017
Die Dialogplattform der Grabenlosen Branche

* Sonderkonditionen siehe AGBs: www.grabenlos.at/de/symposium-grabenlos.html

SG17

14. & 15. März 2017 in Saalfelden
Hotel Gut Brandlhof, Hohlwegen 4

>Expertengespräche
>Fachausstellung
>Networking

Infos & Anmeldung
zum SG 17 finden Sie hier:
→ **www.grabenlos.at**

OGL

GRUNDSTÜCKSGESTALTUNG MIT SICHERHEITSZÄUNEN

SICHER IN FORM UND FUNKTION

Wer Wert auf die Gestaltung von Grundstücken unter Sicherheitsaspekten legt, stößt irgendwann auf Grenzen – die des Grundstücks und die der Gestaltung. Zäune sind dabei weit mehr als Grenzmarkierungen oder beliebige Baustoffe zur Abschottung. Das gilt für private Liegenschaften genauso wie für den gewerblichen, kommunalen oder generell öffentlichen Raum. Grundstücksbesitzer als auch Verantwortliche in Unternehmen oder für Einrichtungen wie Spielplätze oder Freizeitanlagen kommen heute nicht mehr an gestiegenen Anforderungen an Schutz und Absicherung vorbei. Doch welche praxiserprobten Lösungen gibt es derzeit auf dem Markt, um Funktion und Form am Grundstücksrand miteinander in Einklang bringen zu können?

Unbefugte suchen in der Regel nach Zutrittsmöglichkeiten am schwächsten Punkt eines Grundstücks. Jeder Zaun ist grundsätzlich schon eine Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Raum und erschwert den Zugang durch unerbetene Gäste. Grundstücksbesitzer gewinnen durch einen Zaun ein erhöhtes Sicherheitsgefühl. Zudem erfährt das Grundstück selbst eine Aufwertung. Für erhöhte Sicherheitsleistungen an privaten wie gewerblichen Liegenschaften bieten sich Zaunplanern aber weitere Möglichkeiten zur effektiven Zutrittssicherung.

Auf den ersten Blick kaum zu erkennen und auch für bestehende Zäune nachrüstbar: In der Zaunkrone montierte Abdeckbleche, die Gewichtsauflastungen erkennen.

Für Zaunplaner sind die Optionen Alarm bei Sabotage, mehrere individuell konfigurierbare Schutzzonen sowie Ausbaufähigkeit mit optischen oder biometrischen Überwachungskomponenten interessant. Dass Sicherheit und Detektion durch Zäune auch optisch elegant und zeitgemäß bis hin zum digitalen „intelligenten Zaun“ möglich sind, beweisen Alternativen zum Stacheldraht, die derzeit den sicherheits- wie zugleich designorientierten Markt erobern.

Auf der Innenseite des Zauns montiert, erkennt dieses Detektionssystem präzise Schwingungen, die beim Überwindungsversuch entstehen.

KONTAKT
Leistungsfähig und modular, dabei auch ästhetisch optimal – entdecken Sie die ganze Vielfalt von Zäunen, Toren und Geländern bei Zaunteam: vor Ort bei Ihrem regionalen Partner, per Telefon unter der kostenfreien Nummer 0800-84 86 888 oder online unter www.zaunteam.at

Bestens ausge*STADT*et: **Spielgeräte und Spielanlagen**
Wir führen ein umfangreiches Angebot von HAGS und anderen Herstellern
Stausberg Stadtmöbel GmbH | 4531 Kematen a. d. Krems | Telefon +43 (0)7258/5711

STAUSBERG
STADTMÖBEL

KOMMUNALE BESCHAFFUNG

PROZESSE SIND **OPTIMIERBAR**

Österreichs Gemeinden (ohne Wien) kaufen jährlich für rund 2,3 Milliarden Euro ein (Gemeindefinanzbericht 2016). Die Prozesse dabei sind aber denkbar komplex. Untersuchungen zeigen, dass hier viel Zeit eingespart werden kann.

Eine KPMG-Studie über das Beschaffungswesen deutscher Kommunen zeigt auf, dass Beschaffung in der Regel nicht sehr professionell gehandhabt wird. Kritisiert wird, dass es an Steuerungsinstrumenten mangelt und dass die Beschaffung von übergeordneten Zielvorgaben weitgehend entkoppelt ist. Ein Befund, der – so meinen Experten – sich auf die österreichische Situation übertragen lässt.

Ein Beispiel aus der Praxis. Ein gutes Beispiel für die Komplexität von Beschaffungsprozessen liefert die Betrachtung des Einkaufs von Schulmaterial in einer niederösterreichischen Gemeinde. Gehen hier einem örtlichen Lehrer Lehrmittel wie etwa die Kreide aus, so meldet er das dem zuständigen Kustodiat. Von dort wandert die Anforderung schriftlich zum Schuldirektor, der wiederum beim Bürgermeister um Kostenübernahme anfragt. Dieser ganze Prozess dauert. Schließlich kommt das OK vom Bürgermeister. Jetzt erst kann die eigentliche Anschaffung vorgenommen werden. Handelt es sich um eine Bestellung wird wohl noch zusätzlich etwas Wartezeit bis zur Lieferung verstreichen. Je nachdem wer schlussendlich die Bezahlung durchführt sind in dem ganzen Prozess zumindest vier Personen involviert und mit der Beschaffung dieser Kreide befasst. Effizient ist das sicherlich nicht.

66 Minuten für eine Kleinbestellung. Im deutschen Saarpfalz-Kreis hat man die Beschaffung genau unter die Lupe genommen[1]. Die Erhebung errechnet einen durchschnittlichen Zeitbedarf von 66 Minuten für die Abwicklung einer typischen Kleinbestellung mit fünf Artikeln. Bis zum Abschluss der Bestellung waren 24 Schritte notwendig.
In einem weiteren Schritt wurde untersucht, inwieweit der Beschaffungsprozess optimiert und durch den Einsatz von Technik unterstützt bzw. ersetzt werden könnte. Es zeigte sich, dass der Zeitbedarf für die Abwicklung des Einkaufsvorgangs um zwei Drittel auf 23 Minuten reduziert werden konnte. Die Anzahl der nötigen Arbeitsschritte wurde um mehr als die Hälfte auf 11 verkürzt.

Prozesse analysieren und optimieren. Klaus-Peter Ernst vom Hauptamt des Saarpfalz-Kreises zieht aus der Untersuchung den Schluss, dass es nötig ist, die Beschaffungsprozesse zunächst zu analysieren um sie dann optimieren zu können. Das Internet eröffnet hier neue Möglichkeiten. „Kostenvorteile und eine Zeitersparnis lassen sich grundsätzlich nur durch eine medienbruchfreie Digitalisierung und automatisierte Abläufe erzielen“[2], so Ernst. Insofern würden eGovernement und die künftigen gesetzlichen Vorgaben zu eVergabe und eBeschaffung der öffentlichen Verwaltung zu mehr Wirtschaftlichkeit, Effizienz und Transparenz verhelfen.

TIPPS FÜR DIE PRAXIS

Für die elektronische Ausschreibung und Bestellabwicklung am Beispiel von Büromaterial gibt der Experte Klaus-Peter Ernst folgende Ratschläge:

- Organisationsstruktur prüfen und Vorgänge zusammenfassen,
- Mitarbeiter in den Änderungsprozess einbinden,
- Lieferanten befragen, inwieweit Veränderungen medienbruchfrei verarbeitet werden können,
- Vorteile aufzeigen, gegebenenfalls mit möglichen Einsparungen,
- Dienstanweisungen und Wertgrenzen für die Beschaffung von Leistungen beachten.

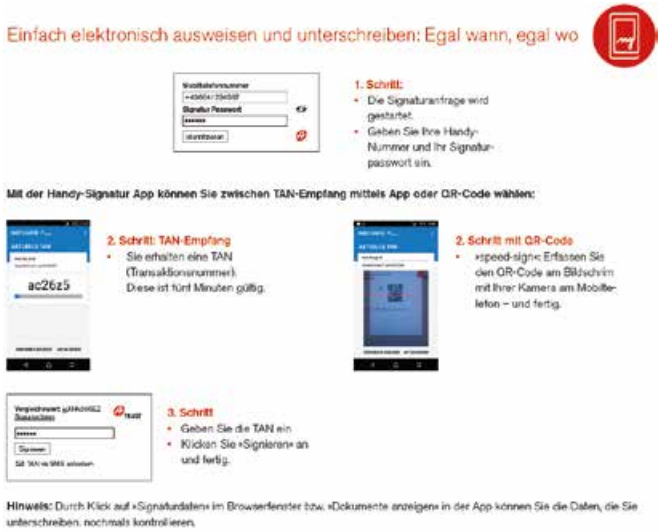
1 Ernst, Klaus-Peter: Elektronische Abschreibung und Bestellabwicklung von Büromaterialien. In: Broens, Michael/Glock, Christoph/Grosse, Eric: Best pracitces bei der Beschaffung ausgewählter Bedarfe. Von der Abfallentsorgung bis zum Winterdienst. B+G Wissenschaftsverlag, 2015.

2 Ebda, S. 315

HANDY-SIGNATUR

DIGITALER AUSWEIS UND UNTERSCHRIFT

Immer öfter setzen Menschen in Österreich aktiv die Handy-Signatur als einfachen und sicheren Weg ein, private Geschäfte und Behördenwege elektronisch zu erledigen.



Täglich kommen zu den bereits mehr als 730.000 Nutzerinnen und Nutzern bis zu 1000 Freischaltungen dazu. Anfang 2016 wurden die Gebühren für zahlreiche Anträge um 40 Prozent gesenkt, wenn diese elektronisch mit der Handy-Signatur eingebracht werden. So spart die Handy-Signatur nicht nur Zeit, sondern auch Geld.

Nutzt Ihre Gemeinde bereits das volle Potenzial der elektronischen Anträge?
Die Vorteile sprechen für sich:

- Sich einfach, kostenfrei und sicher im Internet ausweisen
- Dokumente komfortabel rechtsgültig elektronisch unterschreiben und damit gleichzeitig auch vor unbemerkten Manipulationen schützen
- Amtswege online erledigen und E-Services der Wirtschaft mittels Handy-Signatur sicher nutzen – egal wann, egal wo
- Bei Amtswegen Gebühren einsparen! Für eine Vielzahl von Amtswegen fallen Antrags- oder Beilagengebühren nach dem Gebührengesetz an: Diese sind um 40 Prozent reduziert, wenn der Antrag mit der Handy-Signatur eingebracht wird!
- Hoher Sicherheitsstandard und kostenfreie Nutzung

Sparen mit E-Anträgen und der Handy-Signatur. Mehr als 200 E-Services der Verwaltung und Wirtschaft stehen zur Verfügung. Die Handy-Signatur spart Ressourcen und punktet mit dem hohen Serviceniveau – auch international. Egal ob Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder Verwaltung, die Handy-Signatur bringt für alle etwas. Mit dem Amtshelfer HELP.gv.at können zahlreiche Amtswege per Mausklick erledigt werden. Und mit einer HELP-Partnerschaft stehen diese auch Ihrer Webseite kostenfrei zur Verfügung.

Nutzen Sie die HELP-Services für Städte, Gemeinden und Bezirksverwaltungsbehörden und sparen Sie durch E-Anträge der Bürgerinnen und Bürger Zeit und Geld – durch den reduzierten Aufwand für Daten abtippen, Scannen, ...

Die Vorteile moderner E-Government Services werden direkt an die Bürgerinnen und Bürger weitergegeben, und Sie sind erste Anlaufstelle – auch im Netz. Ein Hinweis auf die 40 Prozent „Digitalrabatt" bei E-Anträgen mit Handy-Signatur motiviert Bürgerinnen und Bürger, ihre E- Amtswege verstärkt zu nutzen und unkompliziert online zu erledigen. Sie als Verwaltung werden durch das Zusatzangebot noch serviceorientierter – und alle können von den modernen, medienbruchfreien Prozessen und der verbesserten Flexibilität profitieren.

BUNDESKANZLERAMT ÖSTERREICH

SIE HABEN FRAGEN:

Bürgerinnen- und Bürgerservice / Service- und Europatelefon;
Servicezeiten: Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr (werktags)
Telefon: 0800 222 666 (gebührenfrei aus ganz Österreich)
E-Mail: **service@bka.gv.at**
Postanschrift: Bürgerinnen- und Bürgerservice, Bundeskanzleramt
Ballhausplatz 1, 1010 Wien
Fax: +43 1 531 15-204 274
Wichtige Web-Adressen
www.buergerkarte.at
www.digitales.oesterreich.gv.at
www.handy-signatur.at
www.help.gv.at
www.zustellung.gv.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG / Weitere Infos unter www.bundeskanzleramt.at

BEST PRACTISE
IN ALLER KÜRZE

Wald-Bilanz im Zeichen des Käfers

Ende des Jahres zogen die Bundesforste eine Bilanz über das Waldjahr 2016. „Von großen Schadereignissen blieben wir heuer verschont", fasst Rudolf Freidhager, Vorstand der Österreichischen Bundesforste (ÖBf), zusammen.

Neue Testanlage für Textilien

W. L. Gore & Associates, Inc. (Gore) hat seine Produkttestkapazitäten mit der Eröffnung neuer Biophysik- sowie Wärme- und Flammschutzlabore weiter ausgebaut. Die neuen Laboreinrichtungen ermöglichen es Gore, die Eigenschaften von Materialkomponenten, Laminaten und Kleidungsstücken sowie Schuhen unter noch vielfältigeren Bedingungen zu messen.

Zeppelin Österreich: Auch 2016 ein zuverlässiger Spender

Schon als traditionell kann man die Scheckübergabe an die Leiterin des PR- und Spendenbüros der St. Anna Kinderkrebsforschung, Mag. Andrea Prantl, nennen. Der Betrag von € 7.500,00 in Form eines symbolischen Schecks wurde vom Vorsitzenden der Geschäftsführung, Ing. Friedrich Mozelt, und dem Geschäftsführer Michael Härtel an die Spendenbüroleiterin übergeben. Die Kinderkrebshilfe ist ein österreichweit agierender, unabhängiger, gemeinnütziger Verein der sich hauptsächlich aus privaten Spendengeldern finanziert und mit dem österreichischen Spendengütesiegel ausgezeichnet ist. Sie unterstützt betroffene Familien nach Kräften und stellt die psychosoziale Nachsorge von an Krebs erkrankten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihrer Angehörigen ins Zentrum ihrer Tätigkeit. In Nachsorge-Camps und -Seminaren werden sie während und nach der schweren Erkrankung begleitet und dabei unterstützt, ihre Erfahrungen und veränderten Lebensbedingungen besser bewältigen zu können – um gestärkt zurück ins Leben zu finden.
Mehr Info unter: **www.zeppelin.com**

ÖSTERREICH
IN ZAHLEN

397.802

Kraftfahrzeuge wurden von Jänner bis inkl. November 2016 neu zugelassen, davon hatten

1,2%

oder 3604 Kfz einen Elektroantrieb. Lediglich 112 gasbetriebene Fahrzeuge wurden zugelassen und lagen damit unter der statistischen Wahrnehmung (0%).

QUELLE: Statistik Austria

Wer will ein ganzes Museum?

Altenmarkt bei Fürstenfeld: Seit dem Jahr 2000 hat Manfred Glettler in Altenmarkt ein „Universalmuseum" mit einem Platzbedarf von ca. 350 m² aufgebaut. Mehr als 1000 Museumsstücke sind hier restauriert, dokumentiert und inventarisiert. Da Glettler bereits 73 Jahre alt ist und keinen Nachfolger hat, sucht er eine Gemeinde, die sein Lebenswerk erhalten und weiterführen möchte.
Mehr Infos unter:
0664/412 30 88

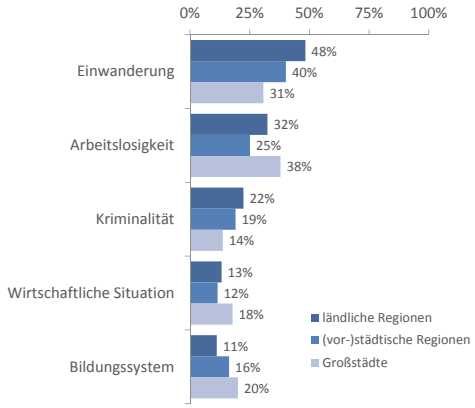
FOTOS // Manfred Pani/Zeppelin Österreich // Kärcher // Grafik: Gemeindebund/Pitters

Gemeinden profitieren von der EU

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union spielt für die Gemeinden in Österreich eine wichtige Rolle. Dennoch zeigen sich zwischen Stadt und Land bei der Einschätzung der wirtschaftlichen Situation und den aktuellen Herausforderungen große Unterschiede. Das ergab eine aktuelle Umfrage im Auftrag der EU-Kommission. So gaben drei Viertel (76%) von befragten Entscheidungsträgern in österreichischen Gemeinden an, dass ihre Gemeinde von der EU-Mitgliedschaft profitiert. 2012 waren es nur 57%. Besonders deutlich fällt diese Einschätzung bei Gemeinden aus, die ihre finanzielle Situation als „gut" einstufen (82%).

Für die Präsentation wurden Daten aus den Standard-Eurobarometern 80 (2013) bis 85 (2016, jeweils rund 1000 Befragte in ganz Österreich) sowie aus dem Pitters Kommunaltrend von 2012 und 2016 verwendet (jeweils rund 400 befrage Gemeindeentscheidungsträger in ganz Österreich).
Mehr Infos unter:
www.kommunal.at

Dringliche Themen des Landes



n=373 „ländliche Regionen" / n=283 „(vor-)städtische Regionen" / n=370 „Großstädte" Quelle: Standard Eurobarometer 85

Kärcher baut aus

Ab sofort macht Kärcher im IZ NÖ Süd und im Großraum Wiener Neudorf richtig sauber – denn im neuen Kärcher Center Wiener Neudorf findet sich auf einer Fläche von 310 m² alles, was zum Reinigen benötigt wird. „Zu entdecken gibt es im Kärcher Center Wiener Neudorf die ganze Kärcher-Welt von A bis Z: das komplette Reinigungssortiment Home & Garden und Professional – also Geräte, Zubehör, Reinigungsmittel und Verbrauchsmaterial inklusive Top-Beratung und Service durch ausgewiesene Reinigungsprofis", freut sich Michael T. Grüssinger, Geschäftsführer Alfred Kärcher GmbH Österreich.
www.kaercher.at

Herbert Janschka (Bürgermeister Wiener Neudorf), Dr. Petra Bohuslav (WirtschaftsLR NÖ), Hans Stefan Hintner (Bürgermeister Mödling) und Michael T. Grüssinger (Geschäftsführer Alfred Kärcher GmbH Österreich) bei der Eröffnung.

DIE KOMMUNALE BESCHAFFUNGSPLATTFORM
KOMMUNALBEDARF.AT
+ Speziell für die Bedürfnisse von Gemeinden entwickelt
+ Einfaches und schnelles Einkaufen
+ Kostenlose Anmeldung und günstige Preise
+ Umfassendes Sortiment für Ihren kommunalen Bedarf
JETZT ANMELDEN auf WWW.KOMMUNALBEDARF.AT

LAND & LEUTE

VERSICHERUNGEN
Das Amt und Haftungen ohne Ende
Seite 48

SICHERHEIT
Brandschutzmelder als Lebensretter
Seite 50

Simone Schmiedtbauer ist Bürgermeisterin der Marktgemeine Hitzendorf im Grazer Umland. Die Mitbetreiberin eines Direktvermarkter-Hofs hat eine Gemeindezusammenlegung orchestriert und wünscht sich mehr Frauen in der Politik.

NAME: **SIMONE SCHMIEDTBAUER**

ALTER: **42**

GEMEINDE: **HITZENDORF**

EINWOHNERZAHL: **7012 (STAND JÄNNER 2016)**

BÜRGERMEISTERIN SEIT: **1. JUNI 2014**

PARTEI: **ÖVP**

NAHAUFNAHME

HALBHERZIG **MACH' ICH GAR NIX**

Frau Bürgermeisterin, Sie haben ursprünglich Karriere im Bankwesen gemacht, sich dann aber für ein naturnahes Leben am Bauernhof samt Hundezucht entschieden. Warum?
Entschlossen klingt so geplant. Das war es aber nicht. Ich habe einen Landwirt geheiratet, der in dritter Generation einen Betrieb mit Schweinemast und Veredelung führt. Zudem hätte es nicht geschafft, meine noch so kleinen Kinder irgendwo in eine Betreuung zu stecken, denn es steckt doch mehr Glucke in mir, als ich jemals zuvor gedacht habe. Durch den Berufswechsel war das jedoch wunderbar zu vereinen. Zuhause sowohl die Arbeit, sprich den Betrieb und die Landwirtschaft, als auch die Kinderbetreuung. Das war einfach perfekt ...

Die Hundezucht kam aus Eigeninteresse dazu, oder war die auch schon vorhanden?
Die war nicht vorhanden, sondern eine Leidenschaft, die mit meinem Cornelius begonnen hat. Wenn man einmal ein Zuchttier hat, das erfolgreich ist, Leistung bringt und sich auch in puncto Schönheit durchsetzen kann, dann hat man einen Jackpot geknackt ...

Die Produkte Ihres Betriebes erringen Auszeichnungen, die Hunde werden ausgezeichnet und auch Ihre politische Karriere ging flott voran. Sind sie eine Macherin?
Das würde ich mich nicht trauen von mir zu sagen. Aber zielstrebig bin ich schon. (lacht) Halbherzig mache ich gar nix. Wenn ich mich mit etwas beschäftige, dann gebe ich über hundert Prozent. Das erwarte ich mir manchmal leider auch von meinem Umfeld, wobei ich aber glaube, dass ich Menschen recht gut mobilisieren kann.

> „WENN ICH MICH MIT ETWAS BESCHÄFTIGE, **DANN GEBE ICH ÜBER HUNDERT PROZENT**."

Sie waren Obfrau der Frauenbewegung. Sind Frauenthemen auch jetzt Teil Ihres Handelns?
Schon. Ich brauche aber kein Gegendere und auch Frauenquoten beäuge ich sehr vorsichtig, denn wenn eine Frau nur wegen des Frauseins eine Position erlangt und dann nicht bringt was von ihr erwartet wird, schadet es den Frauen viel mehr, als es uns gut tut.
Prinzipiell gibt es allerdings viel zu wenige Frauen in der Politik oder in solchen Positionen ... Ein ausgewogeneres Verhältnis wäre wünschenswert. Ich will Frauen Mut machen, sich zu trauen ...

Setzten Sie Gestaltungsschwerpunkte in ihrem Amt?
Bei der Größenordnung unserer Gemeinde bin ich mit dem Tagesgeschäft schon gut ausgelastet. Aber natürlich setzt man Schwerpunkte. Mein Thema ist seit Beginn an Familie. Das ist die kleinste und wichtigste Keimzelle unserer Gesellschaft. Das vergessen wir oft, weil es so selbstverständlich klingt.

Der **Mensch** hinter der Bürgermeisterin

WAS IST FÜR SIE ZUHAUSE?
Meine Gemeinde.

DER PERFEKTE MANN TRÄGT FÜR MICH ... ?
Den Namen Andreas.

WOVOR HABEN SIE ANGST?
Meine Familie zu verlieren.

WENN SIE EINEN WUNSCH FREI HÄTTEN?
Eigentlich nur Gesundheit.

HABEN SIE EIN LEBENSMOTTO?
Liebe deinen Nächsten.

WIE WÜRDEN SIE SICH MIT EINEM WORT SELBST BESCHREIBEN?
Zielstrebig.

Mehr über Simone Schmiedtbauer auf **www.kommunal.at** oder unter folgendem QR-Code

BÜRGERMEISTER UND VERSICHERUNGEN

DAS AMT UND **HAFTUNGEN OHNE ENDE**

Entscheidungen von verantwortlichen Organen der Gebietskörperschaften werden zunehmend kritisch gesehen und hinterfragt. Immer öfter befassen sich Straf- und Zivilgerichte mit (vermeintlichen?) Fehlentscheidungen von Bürgermeistern.

Die Wahrscheinlichkeit, in rechtliche Verfahren verwickelt zu werden, hat deutlich zugenommen. Es erscheint daher mehr als angebracht, sich mit Möglichkeiten versicherungsmäßiger Risikoüberwälzung zu beschäftigen, um wenigstens auf eine finanzielle Rückendeckung für die notwendige anwaltliche Hilfe bei allfälligen behördlichen Ermittlungen und Prozessen zurückgreifen zu können. Mehr und mehr berichten Bürgermeister über die Verwicklung in derartige Verfahren.

Vielfach wird aber noch unterschätzt, welche hohen Kostenbelastungen durch professionelle rechtliche Unterstützung von Rechtsanwälten, aber auch Sachverständigen ausgelöst werden.

Das immer komplexer werdende Dickicht an Gesetzen und Verordnungen macht es für den einzelnen nahezu unmöglich, alle Vorschriften zu kennen, geschweige denn zu beachten. Mit einer Abschwächung dieser Tendenz ist bedauerlicherweise nicht zu rechnen. Ganz im Gegenteil, die Gesetzgeber beglücken uns jährlich mit tausenden weiteren Seiten an Rechtsmaterie, die noch dazukommen.

In diesem schwierigen Umfeld auch nur einigermaßen rechtssicher unterwegs zu sein, stellt eine fast unbewältigbare Herausforderung dar. Verschärft wird das noch durch die strenge Beurteilung von oft unter großem Zeitdruck getroffenen Entscheidungen im Nachhinein. Vereinfacht könnte man sagen, später sind immer alle gescheiter, dazu gehört nicht viel.

> „Gemeinden und Gemeindeverbänden wird zur Abdeckung des Vermögenschadenrisikos eine besondere Versicherungsform zur Verfügung gestellt, **die sogenannte Vermögenschaden-Haftpflichtversicherung für kommunale Strukturen.“**

Grundsätzliche Kritik an der Justiz und den Richtern ist da allerdings nicht angebracht, sie sind lediglich Vollzieher der Gesetze, die von anderen geschaffen worden sind.

Die Formulierung eines maßgeschneiderten Versicherungsschutzes für die verantwortungsvolle Tätigkeit der Organe von Gemeinden war ein Gebot der Stunde. Während marktübliche Gemeindehaftpflichtversicherungen zwar Absicherungen von Sach- und Personenschäden verheißen, bleibt der Bereich der Befriedigung oder Abwehr behaupteter Vermögenschäden weitgehend unberücksichtigt. Dieser Deckungslücke haben wir uns angenommen und in einem Netzwerk von Spezialisten ein spezifisches Versicherungsmodell aufgebaut, das wir nachstehend skizzieren;

- Gemeinden und Gemeindeverbänden wird zur Abdeckung des Vermögenschadenrisikos eine besondere Versicherungsform zur Verfügung gestellt, die sogenannte Vermögenschaden-Haftpflichtversicherung für kommunale Strukturen.
- Die Absicherung des Drittschaden-Risikos (Haftpflicht der Gemeinden für Vermögens-

schäden Dritter) besteht in Form der klassischen Haftpflichtversicherung für Verstöße bei Ausübung dienstlicher Verrichtungen.

- Die Besonderheit der Deckung liegt in der Eigenschadenkomponente. Der Versicherer bietet Versicherungsschutz für den Fall, dass dem Versicherungsnehmer unmittelbar durch fahrlässige Dienstpflichtverletzungen von Vertrauenspersonen Vermögenschäden zugefügt werden. Dabei reicht leichte Fahrlässigkeit aus. Es kommt nicht darauf an, dass die verursachende Person in Anspruch genommen wird. Diese besondere Abdeckung sichert wegen der Vermeidung von Regressen gegenüber Mitarbeitern in hohem Maße den Amts- und Betriebsfrieden.
- In den Genuss des Versicherungsschutzes können kommunale Zweckverbände sowie Eigen- und sonstige Betriebe und Unternehmen mit oder ohne eigene Rechtspersönlichkeit auf Antrag und nach Risikoprüfung kommen. Die Deckung eignet sich hervorragend zur Kombination und Abrundung mit Vertrauensschaden- und Strafrechtsschutzversicherungen.

Zur Illustration einige Schadenbeispiele: Zahlung an Nichtberechtigte, Anschaffung untauglicher Gegenstände, Neueinstellung trotz unwirksamer Kündigung, Nichtanmeldung von Steuerforderungen in Zwangsversteigerungsverfahren, irrtümlich zu geringer Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen, Nichtberücksichtigung von Abtretungen, verspätete Mängelrüge, verjähren lassen von Steuerforderungen, verspätete Beantragung von Zuschüssen, wegen Nichteinhaltung von Formvorschriften unwirksame Satzung oder Falschberechnung von Aufschließungsbeiträgen.

Zusätzlich gibt es für Bedienstete noch die Möglichkeit der Höherversicherung. Weitergehender Versicherungsbedarf kann über eine persönliche Diensthaftpflichtversicherung oder im Falle von Organtätigkeiten auch über eine persönliche Deckung für die Geschäftsführer-, Vorstands-, Aufsichtsrats-, Verwaltungs- und Beiratstätigkeiten versichert werden. Eine sogenannte D&O-Versicherung ist dafür nicht erforderlich. Die persönliche Deckung erstreckt sich auf Antrag und nach Risikoprüfung selbstverständlich auch auf Mandate, die privatwirtschaftlich wahrgenommen werden.

Nachhaltig empfehlenswert ist die Kombination der Vermögenschaden-Haftpflichtversicherung mit einer spezifischen Strafrechtsschutzversicherung. Deren Deckungsbereich sollte den Bürgermeister, die anderen Organe und alle Mitarbeiter der Gemeinde umfassen. Wenn jemand aus dem vorgenannten Personenkreis wegen einer dienstlichen Verrichtung in strafrechtliche Ermittlungen verstrickt ist, wird die Gemeinde sehr daran interessiert sein müssen, dass eine effiziente rechtliche Vertretung des Beschuldigten gewährleistet ist. Ansonsten könnten der Gemeinde erhebliche finanzielle Nachteile entstehen, die auf keine oder nur eine unzureichende Rechtsvertretung zurückzuführen wären.

Grundsätzlich ist die Wahl des individuell richtigen Abdeckungsmodells erst nach eingehender Beratung sinnvoll möglich. Die Einbeziehung einschlägig erfahrener Fachleute dafür ist unbedingt zu empfehlen.

HELMUT TENSCHERT IST NACH FAST 30 JAHREN ERFAHUNGEN IN VERSICHERUNGEN SEIT 2007 SELBSTSTÄNDIGER VERSICHERUNGSMAKLER
helmut.tenschert@gmx.at

KURATORIUM FÜR VERKEHRSSICHERHEIT

BRANDSCHUTZMASSNAHMEN ALS LEBENSRETTER

Die Gefahr von Bränden wird häufig unterschätzt. Dabei ereignen sich alleine in privaten Haushalten etwa 4000 Brände pro Jahr.

Im Ernstfall können Brandschutzmaßnahmen in öffentlichen, privaten und gewerblichen Gebäuden Leben retten. Darüber hinaus spricht auch der Kostenfaktor für die Errichtung eines geeigneten Brandschutzes. Denn schon wenn ein einziger Brand vermieden werden kann, lohnen sich die Brandschutzmaßnahmen auch aus finanzieller Sicht. Vor allem aber können Todesfälle und schwere Brandverletzungen verhindert werden.

Den passenden Brandschutz finden: Welches Brandschutzkonzept gewählt werden sollte, hängt stark von der Art der Nutzung ab. In privaten Haushalten sorgen vor allem Rauchwarnmelder und Feuerlöscher für erhöhte Sicherheit. Dabei reicht schon ein zentral angebrachter Rauchwarnmelder aus, um die Gefahr eines Brandes zu verringern. Weitere Rauchwarnmelder in Schlafzimmern und vor allem Kinderzimmern erhöhen die Sicherheit zusätzlich. Bei öffentlichen und gewerblichen Bauten sind für die Wahl eines passenden Brandschutzkonzepts vor allem betriebsinterne technische und organisatorische Zusammenhänge sowie behördliche Vorschriften von maßgebender Bedeutung. Hier ist das Fachwissen von Brandschutzexperten, welche die Brandrisiken in dem jeweiligen Gebäude gezielt suchen und entschärfen können, hilfreich.

Brandschutzeinrichtungen: Bei Gebäuden mit größeren Menschenansammlungen oder Betrieben mit speziellen Gefährdungen sind technische Brandschutzeinrichtungen notwendig. Von der jeweiligen Gefährdung hängt auch ab, welche Schutzeinrichtungen zu installieren sind. Prinzipiell dienen technische Schutzeinrichtungen dazu, die Ausbreitung eines Brandes zu verhindern oder einzudämmen. Geeignete Möglichkeiten sind dabei die rechtzeitige Alarmierung der Feuerwehr, direkte Löschangriffe auf den Brandherd oder das Begehbar-Halten von Räumen. Unterschieden werden Brandmeldeanlagen, Gaslöschanlagen, Wasser- und Schaumlöschanlagen, Brandrauchentlüftungsanlagen, Brandrauchabsauganlagen und Rauch- und

„Bei öffentlichen und gewerblichen Bauten sind **für die Wahl eines passenden Brandschutzkonzeptes betriebsinterne technische und organisatorische Zusammenhänge** sowie Vorschriften von Bedeutung."

Wärmeabzugsanlagen sowie Druckbelüftungsanlagen. Jede dieser Varianten dient letztlich der Rettung von Menschenleben und der Verhinderung bzw. Minimierung von Sachschäden.

Regelmäßige Qualitätssicherung: Brandmelde- und Brandlöschanlagen sowie organisatorische und bauliche Maßnahmen sind nur dann sinnvoll, wenn sie im Brandfall auch tatsächlich funktionieren. Umso wichtiger ist die Kontrolle der fachgemäßen Installation und der regelmäßigen Wartung durch gesetzlich anerkannte Prüfstellen. Für neu eingebaute Brandmelde- und Löschanlagen ist ein Abnahmebericht verpflichtend, aber auch später müssen alle Brandschutzanlagen in gesetzlich geregelten Zeitabständen einer Revision unterzogen werden. Die Verantwortung, Revisionen fristgerecht durchzuführen und dabei allfällig festgestellte Mängel zu beheben, um den ursprünglichen Genehmigungszustand wiederherzustellen, liegt beim jeweiligen Anlagenbetreiber. Bei Nichteinhaltung der Zeitabstände drohen feuerpolizeiliche sowie gewerberechtliche Konsequenzen. Die regelmäßige Revision ist daher nicht nur aus Gründen der Brandprävention dringend zu empfehlen, sondern auch aufgrund der rechtlichen Vorschriften unerlässlich.

Richtig löschen im Wohnbereich: In den eigenen vier Wänden ist das subjektive Sicherheitsgefühl besonders hoch. In der gewohnten Umgebung sind viele Personen daher unachtsamer als an anderen Orten. Brennende Kerzen, offene Lichter und defekte, unbeaufsichtigte technische Geräte zählen hier zu den häufigsten Brandursachen. Wenn tatsächlich ein Wohnungsbrand eintritt, sollte zunächst der Notruf (Notrufnummer 122 bzw. 112) getätigt werden. Anschließend können andere Personen gerettet werden, sofern dies gefahrlos möglich ist. Erst im dritten Schritt kann der Versuch unternommen werden, den Brand selbst unter Kontrolle zu bringen. Da bei einem Brand keine Zeit bleibt, um den Feuerlöscher zu suchen, sollte dieser an einem leicht zugänglichen Ort aufbewahrt werden, an welchem ihn alle im Haushalt lebenden Personen bei Bedarf rasch finden.

Nähere Informationen zum ordnungsgemäßen Brandschutz sind unter www.kfv-brandschutz.at zu finden.

FOTOS // shutterstock/Inga Nielsen

LEBENSRAUMSTRATEGIE FÜR DIE REGIONEN

30 Jahre
Ökosoziale Marktwirtschaft

Als immer lauter eine Abkehr der Agrarpolitik vom Konzept des Wachsens oder Weichens gefordert wurde, Schäden in der Natur und Umwelt deutlich zutage traten und ökologische Themen immer stärker politische Diskussionen bestimmten, begann Josef Riegler als Landwirtschaftsminister 1987/1989 einen Kurswechsel in der Land- und Forstwirtschaft einzuleiten. Das Atomkraftwerk in Zwentendorf (1978) und das Donaukraftwerk in Hainburg (1984) wurden durch Bürgerbewegungen verhindert. Engagierte Einzelkämpfer für mehr Natur- und Umweltschutz und gegen die Gentechnik oder Massentierhaltung sowie die zunehmende Industriealisierung der europäischen Agrarproduktion wuchsen in dieser Zeit zu einer grünen Partei zusammen. Fehlentwicklungen in vielen Politikbereichen waren für sie der Nährboden. Im Jahre 1986 zogen die Grünen in Österreich ohne Krawatten, mit alte Jeans und Schautafeln in den Nationalrat ein. Sie sorgten fortan im Parlament und bis heute immer wieder für Aufregung und skurrilen Aktionismus.

Die Ära der SPÖ-Alleinregierungen mit Bruno Kreisky 1970/1983 und die Kurzzeitkoalition mit der damaligen FPÖ bis 1986 haben nur zögernd die ökologischen Warnschüsse verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen registriert. SPÖ-Langzeitagrarminister Günter Haiden (1976 bis 1986) versuchte mit seinem Programm „Ökologie und Ökonomie“ Anfang der 1980er-Jahre eine agrarpolitische Wende herbeizuführen. Josef Riegler baute auf diesen Überlegungen auf und stellte 1988 sein Konzept für eine „Ökosoziale Agrarpolitik“ in Wien vor und erweiterte sie als Parteiobmann der ÖVP programmatisch zur „Ökosozialen Marktwirtschaft“ mit dem Ziel, dem Denken und Handeln in Kreisläufen in der Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Mit dem EU-Beitritt 1995 und der Umsetzung des Umweltprogramms wurde auch durch die Zunahme des biologischen Landbaus die Versöhnung zwischen Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft weitgehend vollzogen. Mit der Veranstaltung „30 Jahre Ökosozioale Marktwirtschaft“ im Regierungsgebäude in Wien am 24. Jänner 2017 mit allen ÖVP-Agrarministern in diesen drei Jahrzehnten soll Bilanz über das Erreichte und das Unerfüllte gezogen werden.

gerhard.poschacher@chello.at
Gerhard Poschacher war Ressortchef im BMLFUW und ist freier Publizist

BURGENLAND

Am Info-Tag der Plattform Wasser Burgenland (PWB) in Güssing wurde gezeigt, was für Versorgungssicherheit getan werden kann.

Wasserversorgung in Stör- und Krisenfällen

Die Wasserversorgung funktioniert im Burgenland sehr gut. Die Referenten einer Tagung in Güssing betonten aber, dass eine absolute Absicherung gegen Störungen oder in Krisenzeiten nicht möglich ist. Mit zielgerichteten Maßnahmen könnte die Sicherheit der Wasserversorgung aber wesentlich verbessert werden. Eine enge Kooperation zwischen Behörden und Infrastrukturbetreibern ist dabei unerlässlich.

Seitens der Plattform Wasser Burgenland wurde in den letzten Jahren daran gearbeitet, die vorhandenen Konzepte und Maßnahmen für die Sicherung der Wasserversorgung in Stör- und Krisenfällen zu verbessern. Zu nennen sind hier eine durchgeführte Übung zur Trinkwasseraufbereitung, die Anschaffung zusätzlicher Notstromaggregate und die Bereithaltung eines Mindestvorrats an abgepacktem Trinkwasser.

E-Carsharing-Pilotprojekt

Im Frühjahr ist im Burgenland im Rahmen der Dorferneuerung ein Projekt zum Thema E-Carsharing angelaufen. In Kooperation mit der Energie Burgenland starteten die Gemeinden Siegendorf, Purbach, Neusiedl am See, Hornstein und Großpetersdorf ein Pilotprojekt, bei dem der Bevölkerung Elektrofahrzeuge sowie die notwendigen Ladestationen zur Verfügung gestellt werden. Ziel des Projekts ist es, Menschen, die kein Auto haben, weil sie es sich nicht leisten können oder weil sie keines wollen, Mobilität zu ermöglichen.

Anmeldung beim jeweiligen Gemeindeamt oder unter **energieburgenland.at/carsharing**

KÄRNTEN

Investitionen in **Bildung und Infrastruktur**

Das Land Kärnten stellt im Zuge des Kärntner Regionalfonds für 2017 rund zwölf Millionen Euro zur Verfügung, die als Darlehen den Gemeinden gewährt werden. Die Förderrichtlinien des Regionalfonds wurden in diesem Jahr geändert. Dadurch werden mehr Investitionen im Bereich der Bildung ermöglicht. Raumangebote und Baustrukturen an Kärntens Schulen können zusätzlich zum Schulbaufonds sichergestellt werden.
Nach dem Motto „Lernraumschule soll Lebensraumschule werden“ unterstrich Landeshauptmann Peter Kaiser die Wichtigkeit der Ganztagesschulen. In jeder Gemeinde solle es ein entsprechendes Angebot geben.
Durch eine Gesetzesänderung wurde heuer ein weiteres Finanzierungsinstrument geschaffen, um den Gemeinden bei Katastrophenschäden rasch finanzielle Mittel in Form eines Liquiditätsvorschusses zur Verfügung zu stellen.

In jeder Gemeinde soll es ein Ganztagsschul-Angebot geben.

Elf neue e5-Gemeinden

Elf Kärntner Gemeinden wurden für ihre Fortschritte im Rahmen des e5-Energie- und Klimaschutzprogramms ausgezeichnet. Es sind dies Baldramsdorf (2e), Gallizien (3e), Hermagor (4e), Keutschach (2e), Kötschach-Mauthen (Rezertifizierung 5e), Malta (3e), Neuhaus (3e), Rennweg (4e), St. Andrä (3e), Stockenboi (3e), Villach (5e).

Mit Trebesing, Eisenkappel/Železna Kapla, Arnoldstein, Kötschach-Mauthen und Villach kann Kärnten nun fünf 5e-Gemeinden – also Gemeinden in der höchsten Auszeichnungsstufe – vorweisen.

NIEDERÖSTERREICH

Schautrennung mit Daniela Jordan und Marlene Kunz (beide GVA Mödling) und Umweltgemeinderätin Monika Hobek-Zimmermann.

60 Prozent falsch eingeworfener Müll

Die Mödlinger Umweltgemeinderätin Monika Hobek-Zimmermann und zwei Mitarbeiterinnen des Gemeindeverbands für Abgabeneinhebung und Umweltschutz Bezirk Mödling haben bereits zum zweiten Mal eine 1100-Liter-Mülltonne einer Wohnhausanlage mittels Schautrennung sortiert. Dabei musste festgestellt werden, dass über 60 Prozent der eingeworfenen Abfälle kostenfreie andere Abfallsorten betraf, wie Kunststoffverpackungen, Elektroaltgeräte, Textilien, Metall, Glas, Lebensmittel, biogene Abfälle und Papier. Die wöchentliche Abholung einer 1100-Liter-Mülltonne kostet eine Wohnhausanlage im Jahr 57.200 Euro. Würde der Müll richtig getrennt, könnte auch auf eine 14-tägige Abholung gewechselt und dadurch 50 Prozent der Kosten eingespart werden.

Mentoring-Programm für Frauen

Mit dem neuen Politik-Mentoring-Programm des Landes Niederösterreich soll der Anteil von Frauen in politischen Funktionen erhöht werden. Im Vorfeld wurden alle Gemeinden eingeladen, Frauen, die von den Erfahrungen erfolgreicher Persönlichkeiten lernen wollen, über das Programm zu informieren. Im Programm wurden 20 Mentees, also Frauen, die eine politische Laufbahn anstreben, aufgenommen. 20 Mentorinnen und Mentoren haben sich bereit erklärt, sie auf ihrem Weg für ein Jahr lang zu begleiten. Auch Landesrätin Barbara Schwarz und Niederösterreichs Wirtschaftskammer-Präsidentin Sonja Zwazl stellten sich zur Verfügung.

OBERÖSTERREICH

Gemeinde-Jugendräte funktionieren

Beim „Junge Gemeinde"-Kongress wurden 55 Gemeinden für ihre engagierte Jugendarbeit ausgezeichnet. Außerdem wurden den Kommunen der Gemeinde-Jugendrat vorgestellt, der es jungen Menschen ermöglicht, ihre Ideen vorzubringen und diese auch umzusetzen.
Die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Gemeinde-Jugendrats erfolgt per Zufallsgenerator. Dadurch soll eine hohe Vielfalt an Meinungen gewährleistet werden.
Daniela Durstberger, Bürgermeisterin von Lichtenberg, berichtete, dass das Modell auch in der Praxis funktioniert. Allerdings müsse man aktiv auf die Jugendlichen zugehen und ihnen die Möglichkeit geben, auch Freunde mitzubringen.

Reinhard Anreiter (Jugendreferat Land OÖ), Bürgermeisterin Daniela Durstberger (Lichtenberg), Landeshauptmann-Stellvertreter Thomas Stelzer und Paul Eiselsberg (IMAS International)

Bodenfunktionskarten online

Oberösterreich setzt vielfältige Aktivitäten zum Schutz des Bodens: von der Bewusstseinsbildung über Förderungen, von konkreten Tipps z. B. für bodenschonendes Bauen für Häuslbauer bis zu den Bodenfunktionskarten als wichtiges Planungsinstrument für Gemeinden. Diese Bodenfunktionskarten sind online verfügbar und stehen Gemeinden wie auch interessieren Privatpersonen zur Verfügung. Die Karten sollen Gemeinden bei Fragen zur Raumordnung unterstützen.
Umweltlandesrat Rudi Anschober: „Oberstes Ziel eines vorsorgenden Bodenschutzes muss daher sein, alle Alternativen zum Bauen auf der grünen Wiese auszuschöpfen, bevor neue Flächen bebaut werden."

FOTOS: Plattform Wasser Burgenland/APA-Fotoservice/Hautzinger; www.BilderBox.com, Land Oberösterreich

SALZBURG

EU-Gemeinderäte zu Besuch im Salzburger Verbindungsbüro Brüssel.

Führend bei **EU-Gemeinderäten**

In Salzburg gibt es bereits 54 EU-Gemeinderätinnen und -räte. Umgerechnet auf die Bevölkerungszahl ist Salzburg damit österreichweit auf Platz eins.
In ganz Österreich gibt es derzeit rund 900 Europa-Gemeinderätinnen und -räte. Allein in Salzburg kamen zuletzt 17 neue hinzu.
Dem vorausgegangen war ein gemeinsames Einladungsschreiben von Außenminister Sebastian Kurz und Landeshauptmann Wilfried Haslauer.
Zwei Mal pro Jahr finden Informationsreisen nach Brüssel insbesondere für die neu hinzugewonnenen Mitglieder statt.

Europabüro
europabuero@salzburg.gv.at

BHs arbeiten verstärkt zusammen

Behörden im Salzburger Zentralraum sind mit Verfahren regelrecht eingedeckt, während es im ländlichen Raum oft schwierig ist, hochwertige Arbeitsplätze zu sichern. Die Bezirkshauptmannschaften Salzburg-Umgebung und Lungau haben eine Möglichkeit gefunden, die für beide Seiten ideal ist. Zukünftig sollen jährlich 70.000 Verkehrsstrafanzeigen sowie alle Vollstreckungsangelegenheiten der Bezirkshauptmannschaft Salzburg-Umgebung durch an der Bezirkshauptmannschaft Tamsweg tätige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgearbeitet werden. Umgekehrt können durch diese Erledigungsverschiebung vor allem für den Lungau mehrere wertvolle Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich langfristig abgesichert werden.

STEIERMARK

Ehrung für **ehemalige Bürgermeister**

28 frühere Bürgermeister und eine Bürgermeisterin bekamen von Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer das Große Ehrenzeichen des Landes Steiermark überreicht. Drei ehemalige Bürgermeister bekamen das Goldene Ehrenzeichen. „Man kann offen sagen, dass die große Gemeindestrukturreform der vergangenen Legislaturperiode die offizielle Steiermark auch verpflichtet, einer großen Anzahl ehemaliger Bürgermeisterinnen und Bürgermeister besonders zu danken“, betonte Schützenhöfer.

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer mit einigen der früheren Bürgermeistern.

Schnelles Internet in die Regionen

Die steirische Breitbandstrategie „Highway 2020“ soll bis zum Jahr 2020 für eine flächendeckende Versorgung mit Hochleistungsinternet sorgen. Nun hat die Landesregierung eine Kooperationsvereinbarung mit der Energie Steiermark AG beschlossen, die dazu beitragen soll, dieses Ziel zu erreichen. Konkret werden vorhandene Infrastrukturen des Landes und der Energie Steiermark AG gemeinsam stärker genutzt und Kooperationen forciert. Gemeinsame Projekte für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur in unterversorgten Gebieten sollen außerdem sicherstellen, dass die zur Verfügung stehenden Mittel aus der Breitbandmilliarde des Bundes noch besser ausgeschöpft werden können. Landeshauptmann Schützenhöfer: „Schnelles Internet ist nicht nur eine Frage der Chancengerechtigkeit zwischen ländlichen Regionen und dem Zentralraum, sondern es ist eine Voraussetzung dafür, dass wir der Abwanderung entgegenwirken können.“

TIROL

Der Wettbewerb wurde von Gemeindeverbands-Präsident Ernst Schöpf und Landesrat Johannes Tratter vorgestellt.

„GEKO“ für Gemeindekooperationen

Kräfte bündeln, Ideen entwickeln und über den eigenen Kirchturm blicken: Mit dem Preis „GEKO“ soll das beste Gemeindekooperationsprojekt ausgezeichnet werden.
Für das überzeugendste Projekt – ermittelt durch eine Fachjury sowie über Online-Voting – erhalten die erfolgreichen Gemeinden eine Prämie in der Höhe von 5.000 Euro. Geplant ist zudem eine Feier mit einem Medienkooperationspartner.

Einzureichen sind bereits umgesetzte kommunale Vorhaben, die folgende Ziele berücksichtigen: Stärkung der Attraktivität und/oder Wettbewerbsfähigkeit der Region, Ausbau der Lebensqualität, integrative und zukunftsorientierte Raum- und Regionsentwicklung sowie Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen.

GEMEINDEABTEILUNG TIROL
Tel. 0512/508-2372
gemeinden@tirol.gv.at

Integrationsarbeit an der Basis

Die Fluchtbewegung aus Krisengebieten hat Städte und Gemeinden vor die Herausforderung gestellt, einerseits eine menschenwürdige Unterbringung und Grundversorgung sicherzustellen, andererseits den Sorgen und Vorbehalten der ansässigen Bevölkerung zu begegnen. Nächster Schritt ist nun die Integration der Menschen, denen Asyl oder subsidiärer Schutz gewährt wurde. Wie das gelingen kann, war Thema der siebenten Tiroler Integrationsenquete, die unter dem Titel „will-KOMMEN?! – Integration von Flüchtlingen auf kommunaler Ebene“ stand.

VORARLBERG

Gesundheit beginnt im Dorf

Mit dem Projekt „gutleben“ möchte der Verein für Dörfliche Lebensqualität und Nahversorgung die Gesundheit in Kleingemeinden fördern. Zum Start werden 30 kleine Gemeinden zum Mitmachen eingeladen. In diesen Gemeinden werden ehrenamtliche „gutleben-Beauftragte“ aufgebaut und geschult.

Die Ausbildung von „gutleben“-Beauftragten hat den Vorteil, dass diese aus den mitmachenden Gemeinden stammen und Bedürfnisse der Bevölkerung genau kennen, erläuterten der Obmann des Vreins „Dorfleben“, der Bürgermeister von Übersaxen, Rainer Duelli, und Geschäftsführer Karl-Heinz Marent.

Landesrat Christian Bernhard stellte gemeinsam mit Vertretern des Vereins „Dorfleben“ das Projekt vor.

Hohenems beginnt Markenprozess

Was ist die Stadt Hohenems und wie möchte sich Hohenems in Vorarlberg als Stadt positionieren und auftreten? Diese Frage soll mit dem Beginn eines Markenprozesses für Hohenems geklärt werden. Der Startschuss für den Prozess wird im Jänner fallen.
„Man kann behaupten, dass Hohenems in den vergangenen Jahren mit das dynamischste Wachstum und die spannendsten Veränderungen erleben durfte. Die Stadt hat so viel zu bieten und so viele Seiten, die es herauszustreichen gilt – daher ist jetzt auch der richtige Zeitpunkt, die Marke Hohenems neu zu definieren und frisch aufzustellen!“, zeigt sich Bürgermeister Dieter Egger erfreut über den Beschluss. Der Prozess wird in mehreren Workshops stattfinden, zu denen Bürger eingeladen werden.

FOTOS: Land Salzburg/VBB, steiermark.at/Fischer, Land Tirol/Ibele, VLK/Gerhard Wirth

PERSONALIA

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 8. NOVEMBER 2016 HAT DAS GEMÄSS ARTIKEL 64 ABS. 1 DES BUNDES-VERFASSUNGSGESETZES DIE FUNKTIONEN DES BUNDESPRÄSIDENTEN AUSÜBENDE PRÄSIDIUM DES NATIONALRATES VERLIEHEN:

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Ernst Esterle, ehem. Gemeinderat der Statutarstadt Steyr, Oberösterreich

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Josef Zeitlhofer, ehem. Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Grein, Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

Ferdinand Naderer, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde St. Thomas am Blasenstein, OÖ
Christina Jogna, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Hagenberg im Mühlkreis, OÖ
Rudolf Hackl, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Mauthausen, Oberösterreich
Dietmar Andreas Aichinger, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Mauthausen, Oberösterreich
Anton Öllermayr, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Arbing, Oberösterreich
Franz Mayrhofer, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Arbing, Oberösterreich
Kurt Brunner, ehem. Gemeinderat der Stadtgemeinde Grein, Oberösterreich
Mag. **Herbert Leibetseder,** ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde St. Georgen a. d. Gusen, OÖ

Das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik an

Renate Prammer, ehem. Vizebürgermeisterin der Stadtgemeinde Traun, Oberösterreich
Helmut Andexlinger, ehem. Vizebürgermeister der Stadtgemeinde Traun, Oberösterreich

Das Goldene Verdienstzeichen der Republik an

Eva Leitner, ehem. Gemeinderätin der Statutarstadt Steyr, Oberösterreich
Ing. **Wolfgang Hack,** ehem. Gemeinderat der Statutarstadt Steyr, Oberösterreich
Monika Freimund, BEd., ehem. Gemeinderätin der Statutarstadt Steyr, Oberösterreich
Anton Aichinger, ehem. Bürgermeister der Marktgemeinde Mitterkirchen im Machland, OÖ
Maria Schartner-Ploier, ehem. Gemeinderätin der Stadtgemeinde Traun, Oberösterreich
Alois Manfred Boxrucker, ehem. Bürgermeister der Gemeinde Rainbach im Innkreis, OÖ.

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Josef Müller, ehem. Vizebürgermeister der Gemeinde Rüstorf, Oberösterreich

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

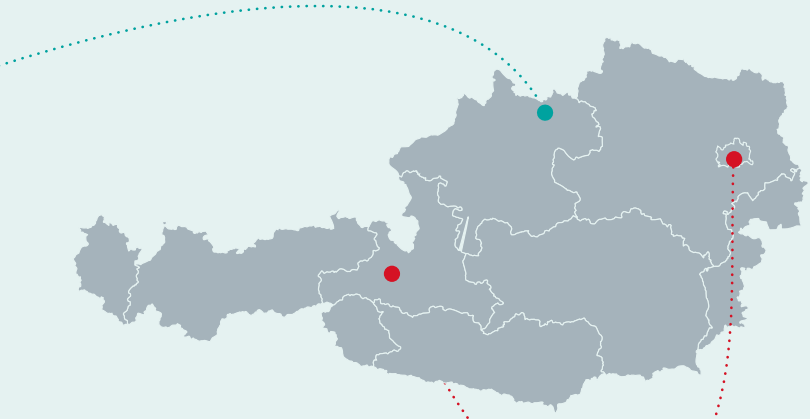
Franz Raab, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Mitterkirchen im Machland, OÖ
Franz Fröschl, ehem. Gemeinderat der Marktgemeinde Bad Kreuzen, Oberösterreich
Hermann Öller, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde Naarn im Machlande, OÖ
Gerhard Schiegl, ehem. Gemeindevorstand der Marktgemeinde St. Georgen an der Gusen, OÖ

Freistadt bekommt **Bürgermeisterin**

Für Freistadt war der 4. Dezember ein Super-Wahlsonntag: Nicht nur der Bundespräsident wurde neu gewählt, sondern gleichzeitig auch die Bürgermeisterin der oberösterreichischen Bezirkshauptstadt.

Elisabeth Paruta-Teufer (ÖVP) konnte das Rennen um das Bürgermeisteramt klar für sich entscheiden. Damit ist die Freistädterin die 152. Bürgermeisterin Österreichs. Paruta-Teufer ist kein neues Gesicht in der Freistädter Gemeindepolitik.
Die 47-Jährige ist Mitglied des Stadtrates und Vizebürgermeisterin der Mühlviertler Stadtgemeinde. Seit dem überraschenden Tod von Altbürgermeister Christian Jachs im Sommer führte sie das Amt des Bürgermeisters, das sie mit ihrem Wahlsieg am 4. Dezember 2016 komplett übernehmen durfte.
Bei einer Wahlbeteiligung von knapp 80 Prozent setzte sie ein eindeutiges Zeichen für die Zukunft der Freistädter Gemeindepolitik: Mit 57,7 Prozent der Stimmen holte sie die absolute Mehrheit und ließ ihre Konkurrenz klar hinter sich. Wolfgang Affenzeller von der SPÖ kam als Zweitplatzierter auf 24,3 Prozent, Dritter wurde Rainer Widmann von der Liste WIFF mit 11,7 Prozent. Grünen-Vertreter Johann Moser lag mit 6,2 Prozent der Stimmen weit abgeschlagen.

TERMINE
IM MÄRZ



09/ März 2017

Vergaberecht für die Praxis

Der Österreichische Wasser- und Abfallwirtschaftsverband (ÖWAV) veranstaltet am 9. März 2017 in Wien in Kooperation mit dem BMLFUW, dem VÖEB, dem Österreichischen Gemeindebund und dem Österreichischen Städtebund ein Seminar zum Thema „VERGABERECHT FÜR DIE PRAXIS: Bundesvergabegesetz NEU – 1. Ausblick“ Die Umsetzung des Vergaberichtlinien-pakets 2014 in Österreich ist mittlerweile seit nahezu einem Jahr überfällig. Ein erster diesbezüglicher Begutachtungsentwurf liegt vor und die diesbezügliche parlamentarische Beschlussfassung steht kurz bevor. Ziel der gegenständlichen Veranstaltung ist, diesen Gesetzesvorschlag für ein neues Bundesvergabegesetz zu präsentieren und mit PraktikerInnen zu diskutieren; dies kombiniert mit Erfahrungsberichten aus dem vergangenen Jahr und der aktuellen einschlägigen Rechtsprechung.

www.oewav.at
Ort: Wien.

21/ Jänner bis 04/ März

Miteinander wachsen

Die starke Zuwanderung durch Flüchtlinge hat in den letzten Monaten viel in Bewegung gebracht. Zahlreiche Initiativen sind entstanden, große Solidarität wurde spürbar und unzählige engagierte Menschen sind nach wie vor im Einsatz. Die Flüchtlingsfrage eröffnet Fragen, die sich so zuvor noch nicht gestellt haben. Der Lehrgang „Miteinander wachsen – Lehrgang zu Flucht, Asyl, Integration“ soll darauf Antworten geben. Ziele sind unter anderem:

- Unterstützung aktiver Freiwilliger in der Flüchtlingsarbeit durch Wissensvermittlung, Praxisbeispiele, Erfahrungsaustausch und Reflexion
- Ermöglichung eines besseren Verständnisses zwischen Ehren- und Hauptamtlichen, Flüchtlingen und HelferInnen
- Aufzeigen unterschiedlicher Initiativen und Gruppen im Bereich der Flüchtlingshilfe und Möglichkeit der Vernetzung

Der Kurs besteht aus acht Modulen, die auch einzeln buchbar sind. Anmeldeschluss ist der 9. Jänner 2017.

www.salzburgerbildungswerk.at
Ort: Multihaus Fusch

FOTOS// Privat // shutterstock/ franz12

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE
WISSEN WOLLTEN

Bodenbearbeitung **mit einer Pferdestärke**

Während in der Landwirtschaft generell die Schlagkräftigkeit bei der Mechanisierung zunimmt, gibt es auch einen gegenläufigen Trend: Das Pferd kehrt in bestimmten Anwendungsfällen in den Weingarten zurück.

Mehrere Zufälle brachten nach zahlreichen Anregungen aus Rumänien den Geschäftsführer einer Lohnarbeitsfirma über Umwege dazu, sich mit dem Thema „Pferd als Traktoralternative für die Bodenbearbeitung“ auseinanderzusetzen. Neben der Suche nach der geeigneten Pferderasse war auch die Frage der Gerätetechnik zu klären. Bei beiden ist man im Ausland fündig geworden. Die Pferde stammen aus Tschechien (Rasse: Kladruber), die Geräte aus Italien, von einem Spezialisten, der u. a. auch für den Biolandwirt Prinz Charles in Diensten steht. Nach den vielen Abstimmungsversuchen scheint nun die ideale Kombination gefunden. Man ist für die Praxis gerüstet.
Eines ist aber klar: Ohne Traktor wird es nie gehen. Doch in Nischenbereichen kann das Pferd spezielle Aufgaben übernehmen.

www.der-winzer.at/?id=2500%2C5356081%2C%2C

FOTOS // Shutterstock/ Ditty_about_summer / AlisaRed

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL***

Bildungseinrichtungen & Zukunft

Zukunft ohne Bildung „geht nicht“. KOMMUNAL wirft in der kommenden Ausgabe einen Blick auf die kommunalen Bildungsangebote und wagt einen Blick in die gar nicht mehr so ferne Zukunft der Kommunen.

KOMMUNAL 2/2017 erscheint am 3. Februar 2017

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

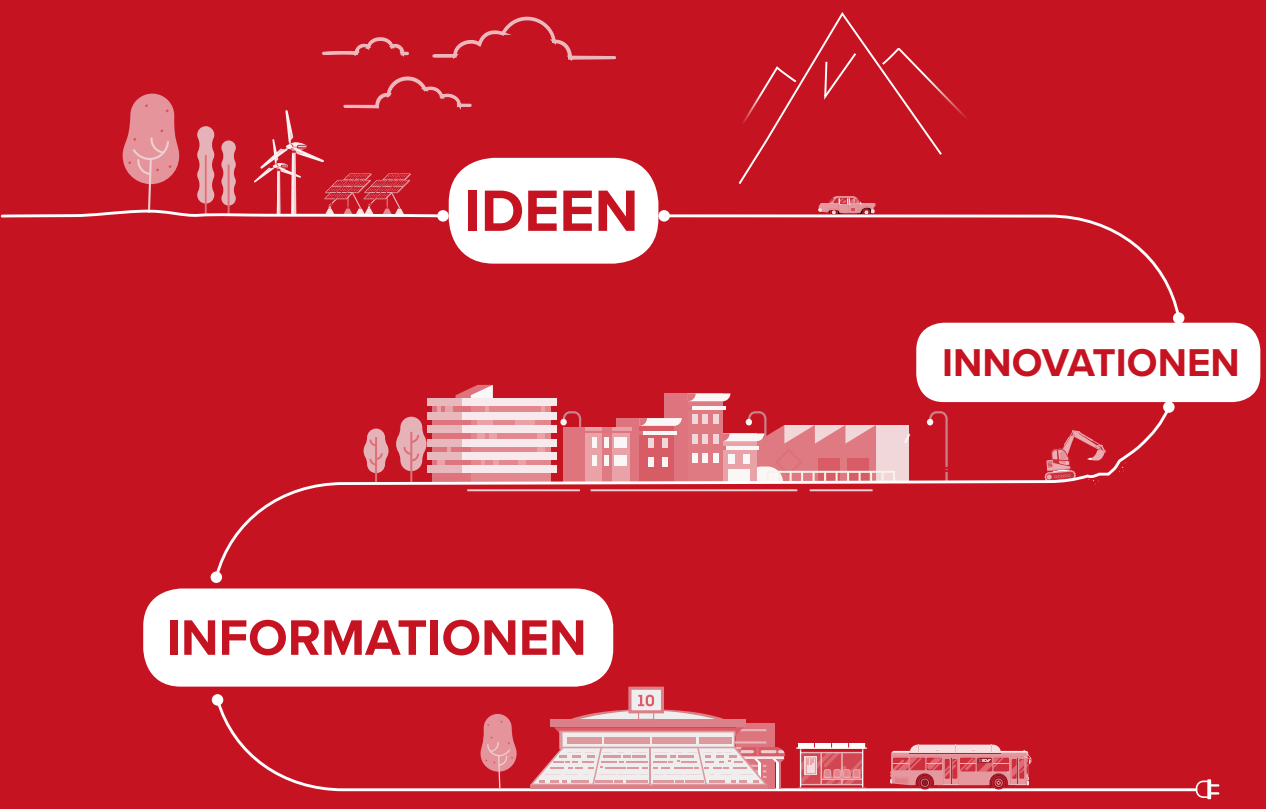
IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper
Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at;
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at
oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten:
http://kommunal.at/leserservice/
Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at;
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund),Mag. Amra Ducic (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Maximilian Huck (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Univ.-Prof. Dr. Reinbert Schauer (Johannes-Kepler-Universität Linz), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.115 (rollierender Jahresbericht 2015/2016)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

KOMMUNALMESSE 2017

www.diekommunalmesse.at



Österreichs **größte Fachmesse** für Kommunen

29.–30. JUNI 2017, MESSEZENTRUM SALZBURG

IM RAHMEN DES 64. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

*„Ich entscheide mich für **Betonprodukte aus der Region**, weil ich damit Arbeitsplätze in meiner Gemeinde sichere!“*

BETON aus der REGION

EIN TEIL VON UNS

Dieses wichtige Gütesiegel gibt mir echte Sicherheit bei meinen Entscheidungen. Denn jetzt weiß ich, wie ich mit Betonfertigteilen aus der Region gezielt meine Gemeinde stärken kann! Das ist gut für die Arbeitsplätze, unsere Infrastruktur und soziale Einrichtungen.

Reinhard Knobloch (62), Bürgermeister in Bad Fischau-Brunn

VÖB
VERBAND ÖSTERREICHISCHER BETON- UND FERTIGTEILWERKE

Mail: office@voeb.co.at
Web: www.voeb.com

beton®
Werte für Generationen